

# Volksstimme

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Volnisch-Schlesien je mm 0.12 Zloty für die achteckige Zeile, außerhalb 0.14 Zloty. Anzeigen unter Text 0.50 Zloty, von außerhalb 0.60 Zloty. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

❖ Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens ❖

Abonnement: Vierteljährig vom 1. bis 15. 11. kr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4.00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestrasse 29, durch die Filiale Königsberg, Kronprinzenstrasse 6, sowie durch die Kolporteurs.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestrasse 29 (ul. Kosciuszki 29). Postfachkonto: B. R. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2094

## Wieder Vertagung des Sejms und Senats?

Die Stellung der Parteien zum Budget — Verschärfte Opposition gegen die Regierung — Vertagung der Session wahrscheinlich — Auflösung erst am 28. November

### Die rumänische Diktatur

Seit einigen Wochen nehmen die Auseinandersetzungen zwischen dem „liberalen“ Diktator Bratianu und der Opposition, den Nationalisten, in Rumänien immer schärfere Formen an, wobei die Opposition wiederholt betont, daß sie gegen die Diktatur Bratianus auch mit Gewalt vorgehen werde. Nach außen hin versucht man den inneren Kämpfen den Eindruck zu verleihen, als wenn es sich hier um die Befestigung des rumänischen Königtums durch den Kronprinzen Carol handeln würde, der in diesem Spiel eigentlich eine Nebenfigur ist. Denn schon bei der Stellungnahme zur Erklärung des Regimentsrates gab die Opposition der rumänischen Bauernpartei zu verstehen, daß sie in Kronprinzen Carol durchaus keinen Thronprätendenten sehe und die Königsfrage als gelöst betrachte. Aber man braucht den Kronprinzen und betreibt mit ihm eine Agitation, um Bratianu Schwierigkeiten zu bereiten, der auch offen mit der Ausrufung der Republik droht, falls die dynastischen Quertreiber Carol zurückrufen sollten. Seit dem Tode des Königs Ferdinand, der nicht Kaiser eines Groß-Rumäniens werden wollte, sind kaum sechs Monate verstrichen und Rumänien befindet sich in einem politischen und wirtschaftlichen Chaos, welches von Tag zu Tag vergrößert wird. Die Futtertruppenpolitik Bratianus und seiner ganzen Familie bringt das Land an den Abgrund, wieder einmal zeigt es sich, daß es leichter ist, mit der Diktatur zu spielen, als wirtschaftliche Probleme zu lösen.

Bratianu wäre nie ans Ruder gekommen, wenn sich die Hofdamen unter Führung der Königin Witwe nicht für rastlose Entfernung des Kronprinzen Carol eingesetzt hätte. Beim Tode Ferdinands ist ausdrücklich erklärt worden, daß die Thronfrage erledigt sei und daß ein Regimentsrat die Geschäfte leiten werde, aber in Wirklichkeit war es klar, daß dies nichts anderes als die Herrschaft Bratianus bedeutet, der unbedingt ans Ruder kommen wollte und sich und seine Familie als die Regenten betrachtete. Heute von einem liberalen Kurs der rumänischen Politik zu sprechen, ist mehr als verfehlt, wenn man sich auch bei der Beurteilung der Methoden nicht an mitteleuropäische Verhältnisse halten darf. Denn das, was man dort unter Belagerungszustand, Zensur und Polizeiherrschaft versteht, sind Tageserscheinungen, von einer politischen Freiheit kann gar keine Rede sein. Und die heutige Opposition hat unter den Pittischen Averescu durchaus keine anderen Mittel gekannt, als sie selbst am Ruder war. Die Titel haben gewechselt, die Methoden sind dieselben geblieben, das ist einfach die Staatskunst des Balkans, die sich in nichts von den Mäuren eines Mussolini unterscheidet. Ein Zufall will es nur, daß man einen dynastischen Vorwand fand, um besser gegen Bratianus Herrschaft anzukämpfen zu können.

Der Fall des Kronprinzen ist auch nur Vorwand, den die Opposition geschickt ausnützt, in Wirklichkeit würde man ihn zum Teufel jagen, wenn er tatsächlich ans Ruder kommen wollte. Aber die Opposition hat mit dem Kronprinzen Fühlung genommen, der ehemalige Finanzminister des Kabinetts Averescu war bei ihm in Paris gewesen und soll an rumänische Parteiführer bestimmte Schriftstücke mitgebracht haben. An der Grenze ist Manolescu verhaftet worden, den man als den Kurier des Kronprinzen bezeichnet und gewisse Dokumente findet ihm abgenommen worden. Ihr Inhalt ist noch nicht bekannt, aber der Kronprinz hat bereits in Paris eine Erklärung abgegeben, die dahin lautet, daß er durchaus nicht Ansprüche auf den rumänischen Thron erhebt, aber falls ihn das Volk rufen werde, er sich gern in seine Dienste stellt. Mit diesen Dokumenten wollte nun die Opposition eine Rundgebung veranstalten und darum berief der Führer der rumänischen Bauernpartei, Dr. Maniu eine Volkskundgebung nach Karlsburg, die von Bratianu verboten wurde. Die Verhaftung Manolescus löste nun eine Stimmung gegen Bratianu aus, der sich nun unter Berufung auf die Gesetze rechtfertigt, daß Manolescu des Hochverrats sich schuldig gemacht habe, weil er eine neue Thronbesetzung betrieb, während die Opposition gegen Bratianu ankämpft, daß der ehemalige Finanzminister nicht vor ein Feldgericht, sondern vor ein ordentliches Gericht gestellt werde. Dem will Bratianu nicht nachgeben und hieraus entwickeln sich die inneren Kämpfe, die gewissermaßen von einem Umsturz in Rumänien sprechen. Man müßte schon etwas tiefer die Ursachen untersuchen, die zu dem heutigen Regime des Diktators Bratianu führten. Das frühere Kabinett Averescu hat zuerst die heut gegen sie angewandte Metho-

Wazschau. Im Laufe des Mittwochs haben die Parteien über ihre Stellung zum eingebrachten Budget beraten, doch ist es zu keiner bestimmten Entscheidung gekommen. Ein Teil der Klubs ist bereit, in eine sachliche Erörterung des Budgets einzutreten, auch wenn die Vorlage nicht der in der Verfassung vorgesehenen Form entspricht. Eine andere Richtung ist der Ansicht, daß die Zeit nicht ausreicht, um das Budget zu erledigen und aus diesem Grunde wird gefordert, daß die Regierung zu dem vorgelegten Budget auch die Dokumente und Unterlagen beschafft. Die Meinung des Sejmarschalls geht dahin, daß der Sejm die Arbeiten des Budgets aufnimmt und auf Demonstrationen verzichtet, jedenfalls versuchen soll, bis Ende der Kadenz fertig zu werden. Welche von den drei Ansichten sich durchsetzen wird, ist noch nicht zu übersehen, da die Entscheidung erst im Senatskonvent um 2 Uhr am Donnerstag fallen soll. Der Sejm selbst tritt um 3 Uhr zu seiner ersten Sitzung zusammen. Als einziger Punkt der Tagesordnung steht das Budget und falls sich

die Parteien darüber einigen, wird die Vorlage der Regierung durch den Finanzminister Czechowicz begründet werden.

Die Parteien versuchen eine Debatte über das Budget herbeizuführen, welche die Regierung verhindern will. Die P. P. S. wird einen Antrag einbringen, der fordert, daß über das Budget sofort eine Debatte stattfinden müsse, um von der Regierung Aufklärung zu erlangen. In Kreisen, die der Regierung nahestehen, wird das Gerücht aufrecht erhalten, daß der Sejm wieder nach Hause geschickt wird, falls er in eine Debatte über das Budget eintreten sollte.

Am Freitag tritt der Senat zu seiner ersten Sitzung zusammen und hat auf die Tagesordnung nochmals die Behandlung des Selbstauflösungsantrages für den Sejm gestellt. Es scheint, als wenn von Seiten des Senats die Regierung provoziert werden sollte, damit sie zur Auflösung schreite. Jedenfalls sind die Verhältnisse sehr ungelöst und wird im Laufe des Donnerstag erst eine Lösung finden.

## Große Erfolge der englischen Arbeiterpartei

Eine Antwort an Baldwin und Chamberlain — 111 neue Gemeindemandate gewonnen

London. Die Gemeindewahlen in England und Wales haben, wie der amtliche englische Juni meßet, der Arbeiterpartei einen bedeutenden Gewinn gebracht. Soweit bisher bekannt ist, hat die Arbeiterpartei 93 Sitze gewonnen, die zum größten Teil auf Kosten der Konservativen erobert wurden, die 70 Sitze verloren und nur 7 Sitze gewonnen haben. Die Liberalen haben 12 Sitze gewonnen und 30 verloren. Unabhängige Kandidaten haben 16 Sitze gewonnen und 25 verloren. Die größten Gewinne hat die Arbeiterpartei in den Industriegebieten Mittel- und Nordenglands zu verzeichnen. Wenige Erfolge hatte sie in Schottland.

London. Nach dem letzten Stand der Zählungen hat die Arbeiterpartei bei den Gemeindewahlen in England und Wales 111 Mandate gewonnen und 15 verloren. Die Konservativen haben 10 Mandate gewonnen und 78 verloren, die

Liberalen 13 Sitze gewonnen und 33 verloren, während die Unabhängigen einen Gewinn von 17 und einen Verlust von 26 Sitzen zu verzeichnen haben. In über 50 von 70 Städten haben die Arbeiterparteilern Gewinne vorwiegend auf Kosten der Konservativen erzielt. Von 785 Arbeiterkandidaten wurden 358, davon 50 ohne Gegenkandidaten gewählt und 427 geschlagen. Von 236 Liberalen wurden 164 gewählt, darunter 59 ohne Gegenkandidaten, während 124 geschlagen wurden. Die Konservativen stellten 571 Kandidaten auf, von denen 365 gewählt und 206 geschlagen wurden. In zwei Städten reichen die Gewinne der Arbeiterpartei aus, um den bisher bürgerlichen Gemeinderat durch einen sozialistischen ablösen zu können.

In einer Rede in Liverpool sprach sich Ramsay MacDonald sehr befriedigt über das Abschneiden der Arbeiterpartei aus. Er erklärte, die Arbeiterpartei werde weiter wachsen, bis sie wieder zur Macht gelange.

### Vor der Spaltung der Radikal-sozialistischen Partei Frankreichs?

Paris. Die radikale und radikalsozialistische Gruppe des Seines und Oise-Departements hält am Donnerstag nachmittag eine Konferenz ab, um sich über ihre aus den Beschlüssen des Radikalsozialistischen Parteikongresses ergebende künftige Haltung schlüssig zu werden. Im Laufe der Konferenz wird Franklin Bouillon das Wort ergreifen. Man rechnet in parlamentarischen Kreisen mit der Möglichkeit, daß die Konferenz zu einer Spaltung der radikalsozialistischen Partei führen wird.

### Wieder ein polnisch-litauischer Zwischenfall

Wilna. An der polnisch-litauischen Grenze kam es Mittwoch zu einer Schießerei bei einer polnischen Grenzwahe. Die Wahe wurde von unbekannten Tätern überfallen, wobei zwei Soldaten der polnischen Grenzwahe getötet und beraubt wurden. Die Täter konnten nicht ergriffen werden.

den der Austrottung angewendet, hat die heutige Opposition am Staatsruder gezielte. Die rumänischen Bauern haben nun den Kampf aufgenommen, doch ist sehr unwahrscheinlich, daß es schon jetzt zu einer Entscheidung kommt. Bratianu sieht fest, spart nicht mit Liebesgaben an die Militärs und wird schon mit der Opposition fertig werden. Es ist ein Traum, wenn man annehmen wollte, daß durch den Rücktritt oder den Sturz Bratianus sich irgend etwas am politischen Kurs in Rumänien ändern würde. Wohl würden wir andere Namen zu hören bekommen, aber die „Staatskunst“ bliebe dieselbe. Statt der Finanzoligarchie, die von Bratianu gepflegt wird, käme die Kleinbürgerliche Bourgeoisie ans Ruder, aber nicht um das Land zu retten, sondern um den Ruf „Rette oder bereichere“ sich wer da kann, fortzusetzen. Wirtschaftlich liegt das Land darnieder und selbst die Wiederkehr eines Carol kann an diesem Chaos nichts ändern.

Der Kronprinz, der selbst auf den Thron verzichtet hat, nachdem ihn eine Reihe ehelicher Irrungen dazu zwang,

### Woldemaras meldet sich in Genf

Genf. Das Völkerbundssekretariat erhielt ein Telegramm des litauischen Außenministers Woldemaras, nach der er an der Ratstagung im Dezember teilnehmen wird. Bekanntlich steht die litauische Botschaft gegen Polen auf der Tagesordnung. Es ist einigermaßen auffallend, daß Woldemaras fünf Wochen vorher sein Eintreffen anzeigt. Dies kann vielleicht so erklärt werden, daß er denjenigen Bestrebungen entgegenzutreten will, die dahingehen, die polnisch-litauische Botschaft von der Tagesordnung abzuschieben.

### Auflösung portugiesischer Arbeiterverbände

Paris. Wie die Abendpresse aus Lissabon meldet, beschloß der portugiesische Ministerrat, den allgemeinen Arbeiterverband und alle Arbeiterverbände, die nicht vor dem 15. 11. eine neue Satzung eingereicht haben, aufzulösen. Die beschlagnahmten Räume des Arbeiterverbandes sollen in Bediensteten-Wohnungen umgewandelt werden.

gen, wird heute nur als Vorwurf benutzt, um die Gegenseite in Rumänien zu vergrößern. Gewiß ist es möglich, daß man von der Opposition damit arbeitet, um die inneren Probleme noch zu verschärfen, eine Volksbewegung für Carol zu inszenieren, um dem Regime Bratianu ein Ende zu bereiten. Dieses Regime ist aber heute so gefestigt, stützt sich ausschließlich auf die Finanzgruppen und das Militär und wird gewiß mit der heutigen Opposition fertig werden. Daß darunter das Land schwer zu leiden hat, darf nicht bestritten werden, aber der Versuch ist man dadurch nicht näher, wenn man nach Carol ruft. Es sei denn, daß die Opposition offen an die Gewalt appelliert und dann tritt eine neue Phase ein, deren Auswirkung man im Augenblick nicht übersehen kann. Jedenfalls wird der rumänische Herzensfessel die europäische öffentliche Meinung noch recht lange beschäftigen. Aber auf dem Balkan hat man Zeit.

## Macdonald gegen Chamberlain

Grundlegender Aufsatz Macdonalds über die Außenpolitik der englischen Arbeiterpartei.

London. Der Führer der englischen Arbeiterpartei, Ramsay MacDonald, schließt im „Daily Herald“ vom Montag seine Artikelserie über außenpolitische Probleme und internationale Politik mit einem grundsätzlichen Artikel über die auswärtige Politik der britischen Arbeiterpartei ab.

„Der Zweck der sozialistischen Außenpolitik, so vermerkt MacDonald eingangs, ist die Herbeiführung des Friedens. Wir haben hierbei nicht an die Wünschbarkeit des Friedens zu denken. Das ist Propaganda, zwar notwendig, aber lediglich das Vorspiel. Wir müssen uns selbst an den Verhandlungstischen im Genf denken, vor uns nicht moralische Traktate, sondern die Vertreter der verschiedenen Nationen, die in erster Linie ihre eigenen Chancen und Bedürfnisse im Auge haben.“

Auf einer solchen Konferenz muß natürlich — so fährt MacDonald fort — die Schiedsgerichtsbarkeit im Mittelpunkt der Erwägungen stehen, sowie die mit der Errichtung eines Schiedsgerichtes verknüpften inneren und äußeren Schwierigkeiten und ihre Überwindung. Hierbei befindet sich die Arbeiterpartei in einer besonderen Lage. Ihr Interesse an der Entwaffnung erstreckt sich nicht nur auf Verminderung der Militärausgaben zum Zwecke der Erleichterung des Steuerzahlers, sondern sie sieht ihre Aufgabe darin, im Bewußtsein der Nationen die alle Mythe zu töten, daß der Militarismus jemals Sicherheit zu bieten vermöge.

Wie könne zum Beispiel England von anderen Nationen das Abgeben des Glaubens an bewaffnete Sicherheit erwarten, solange es selbst auf dem Recht der Erbeutung privaten Besitzes zur See und dem Blockaderecht während eines Krieges bestehe. Das bringe England von Anfang an in einen Gegensatz zu Amerika und erkläre das Scheitern der jüngst in Genf abgehaltenen Seeschiffsverkehrskonferenz. Deshalb müßten vor der Inangriffnahme der Entwaffnung alle Fragen über den Charakter der Seeblockade gelöst werden. Aber das sei nicht genug. Keinerlei Argumente oder moralische Appelle würden im gegenwärtigen Augenblick die europäischen Nationen davon überzeugen, daß die Annahme der Schiedsgerichtsbarkeit auch ihre Durchführung sicherte. Vergangene Erfahrungen hätten die gegenwärtige Einstellung viel zu nachdrücklich ins Bewußtsein der Nationen eingegraben: „Wir müssen daher mit dieser Furcht rechnen und zu einem gemeinsamen Abkommen dahin kommen, daß im Falle der Nichtannahme oder Nichtdurchführung der Schiedsgerichtsbarkeit, der angreifende Staat von den anderen Staaten als Feind betrachtet wird.“

Niemand könne leugnen, fährt MacDonald fort, daß dies ein gewisses Risiko mit sich bringe. Daher müsse man den nächsten Schritt tun und sich gegen dieses Risiko schützen. In dieser Hinsicht sei Chamberlains jüngste Rede völlig unbrauchbar: „Sie ist die Meinungsäußerung eines Mannes, der entweder unfähig ist oder sich weigert, den Völkerbund als eine Realität zu betrachten und lediglich in juristischen Formeln denkt.“

Die Arbeiterpartei habe mit praktischem Sinne Abkommen zur Wirksamkeit zu verhelpen. Sie müsse jeden Versuch in der Richtung auf Frieden in oben gekennzeichnetem Sinne unterstützen, sei der Versuch nun schon in sich selbst befriedigend oder nicht. „In ihrer auswärtigen Politik muß sich die Partei konsequent von ihrer Mission, der Stärkung der Demokratie leiten lassen. Sie darf sich jedoch nicht irreführen lassen und nicht Abkommen abschließen, die nur für den Augenblick brauchbares Flickwerk darstellen, das die Lücken in den zerrissenen Anzügen verdeckt.“ Es gibt zwei Wege, durch welche sich eine Nation in ihren internationalen Beziehungen Einfluß und Macht verschaffen kann. Der eine besteht in dem Abschluß von Allianzen und, was wirklich auf das gleiche hinauskommt, ... darin, daß sie sich einmal auf die eine und dann wieder auf die andere Seite schlägt. Diese Methoden haben die grundlegenden Züge gemein, daß sie mechanisch und nur vorübergehend wirksam sind und in Sachgassen führen. Der andere Weg besteht darin, einen Standpunkt einzunehmen, welcher notwendigerweise respektiert und schließlich von allen Nationen geteilt werden muß, die sich an freundschaftliche Beziehungen und an den Geist des Friedens gewöhnen. Der letztere Weg muß die Methode der Arbeiterbewegung sein. In diesem Kampf für die Demokratie müssen wir uns bereit finden, offen das Wachstum des Nationalismus eingestehen und uns der neuen Welt anpassen, die aus dem

Kriege geboren worden ist. Das wird uns tausend und einer Schwierigkeit gegenüberstellen, welche alle in einem demokratischen Geiste behandelt werden müssen.“

„Gleichzeitig darf eine sozialistische Außenpolitik — fährt MacDonald fort — nicht davor zurückschrecken, schwächeren Nationen zu helfen. Das gilt insbesondere für die Beziehungen zu den Nationen, für deren Regierung London verantwortlich ist. Eine sozialistische Regierung darf sich da nicht einfach zurückziehen und ihre Hände von aller Verantwortlichkeit freimachen, sondern muß, in der Übergangszeit von dem gegenwärtigen Zustand der Unterdrückung dieser abhängigen Nationen zum Zustand der Selbstbestimmung, ihren Einfluß dahin einsetzen, im gegenseitigen Einverständnis Abkommen zu treffen und Verträge, die auf Gewalt aufgebaut sind durch gegenseitige Hilfsverträge zu ersetzen. Eine britische Regierung in deren Ehrlichkeit allgemeines Vertrauen gesetzt werde, kann auf dieser Erde bei dem gegenwärtigen Haß und Haider der Rassen ein unermeßliches Maß guter Arbeit leisten.“

## Graf Czernin über Deutschlands Lage

Neuport. Der frühere österreichisch-ungarische Außenminister Graf Czernin ist zu einer Vortragsreise durch Amerika in Neuport eingetroffen. Gegenüber der Presse äußerte er sich über Deutschlands Lage sehr optimistisch. Er wies darauf hin, daß Deutschlands politischer Einfluß von Tag zu Tag wachse und Deutschlands Wirtschaftsleben eine langsame Erholung erfahre. Deutschland sei durchaus friedfertig und wünscht keinen neuen Krieg. Österreichs Anschluß an Deutschland komme früher oder später.

## Studentenverhaftungen in Mazedonien

Belgrad. Nach Meldungen aus Uesueh wurden dort mehrere Studenten verhaftet, die Mitglieder einer jugoslawischen revolutionären Organisation sein sollen, deren Tätigkeit sich auf mazedonisches Gebiet erstreckt. Einige Mitglieder dieser Organisation sollen wichtige Dokumente über den Stand der bulgarischen Armee nach Bulgarien geschickt haben. Die genannte Organisation soll in enger Verbindung mit einer in Wien wohnhaften bulgarischen Persönlichkeit stehen. Die Polizei hat eine strenge Untersuchung eingeleitet, um diese Person festzustellen und Klarheit über ihre Beziehungen zu der Geheimorganisation der Uesueher Studenten zu gewinnen.

## Italienisch-französischer Zwischenfall in Uesueh

Rom. In der französischen Privatschule in Uesueh hielt Professor Blondel aus Paris einen Vortrag, zu dem auch der italienische Konsul eingeladen war. Als Professor Blondel u. a. erklärte, daß die französischen Minderheiten in Italien keine Freiheit genossen, erhob sich der Konsul und forderte den Redner auf, diese Behauptung zurückzunehmen, was aber nicht geschah. Darauf verließ der Konsul den Saal. Die italienischen Blätter erwarten, daß der für Mailand vorgesehene Vortrag Professors Blondel abgelehnt wird.

## England und die Abrüstung

London. Sir Douglas Hogg, der Generalschatzkanzler, hielt letzte Nacht eine Rede über die Frage der Entwaffnung, in der er der Meinung Ausdruck gab, daß die Entwaffnung in Europa nunmehr nicht weiter fortgeschritten werden könne. Die einzige Abhilfe, die man an Großbritanniens Haltung in dieser Frage überlegen könne, sei die, daß Großbritannien bereits soweit entwaffnet sei, daß es für Großbritannien sei, ein Beispiel durch eine weitere Entwaffnung zu geben. Kein Mitglied der Regierung wolle, daß auch nur ein Schiff mehr für die Bewaffnung ausgegeben werde, als unbedingt nötig sei. Im Jahre 1921 habe England 185 Millionen Pfund Sterling für die Unterhaltung der Armee und der Flotte ausgegeben. Die Summe für den gleichen Posten im Voranschlag dieses Jahres belaufe sich auf 88 Millionen Pfund Sterling. Auf den Rücktritt Lord Cecil's eingehend, betonte Sir Douglas Hogg jedoch, daß der Rücktritt Lord Cecil's allgemein auf das Tiefste bedauert worden sei. Er sei der Ansicht, daß ein so integrierter Mann wie Lord Cecil niemals der Ansicht habe Ausdruck geben können, daß er zurückgetreten sei, weil er Zweifel an dem Wilschen der britischen Regierung, die Entwaffnung durchzuführen, gehabt habe.

## Antifranzösische Demonstration in Tirana

Paris. Nach einer Belgrader Meldung der „Informa-tion“ sollen am vergangenen Sonntag in Tirana antifranzösische Kundgebungen stattgefunden haben. Der Zwischenfall soll dadurch hervorgerufen worden sein, daß der italienische Direktor der albanischen Nationalbank eine Rede in der Be-flaggenung des Bankgebäudes gehalten hatte. Von einer großen Menschenmenge gefolgt, zog die albanische Jugend vor das Bankgebäude und verlangte, daß die albanische Flagge an ihrem alten Platz angebracht werde. Als der Bankdirektor sich weigerte, dieser Forderung nachzukommen, versuchten die Demonstranten, in das Bankgebäude einzudringen. Daraufhin wies der Polizeichef den Bankdirektor an, dem Willen der Demonstranten nachzukommen.

In der „Liberte“ polemisiert Jacques Bainville gegen die Kritik der französischen Presse an der italienischen Flottenkundgebung in Tanger. Er wirft die Frage auf, warum die französische Politik, wenn es sich um Italien handelt, sich als Hüterin der Verträge zeige, während man den „Versailler“ Vertrag zerstückeln lasse. Bezüglich Tanger, dessen Regime international sei, zeige man sich außerordentlich intransigent, während man Deutschland gegenüber nur von Räumung und Opfer spreche. Dadurch werde die italienische Diplomatie zu ihrer Politik in der Mittelmeerfrage ermüdet.

## Ein revolutionärer Komplot in Kalkutta?

London. Eine Neuvermittlung aus Kalkutta besagt, daß die Polizei in Kalkutta umfangreiche Nachforschungen anstelle, die im Zusammenhang mit einem weitverbreiteten revolutionären Komplot stehen. Bei Hausdurchsuchungen wurden zahlreiche Dokumente beschlagnahmt, die, wie man hofft, einige weitere Anhaltspunkte über die Bewegung geben. Ueber die Natur des Ausmaßes des Komplottes verläuft im Augenblick nichts Näheres.

Wie weiter aus Kalkutta gemeldet wird, hat die Polizei bei Nachforschungen im Norden von Bengalen verschiedene Geheimdokumente aufgefunden, aus denen sich nach der Decodifizierung die Moresen einer Anzahl von Personen ergaben. Verhaftungen sind bisher nicht vorgenommen worden.

## Krestinski — Sowjetvertreter in der Abrüstungskonferenz?

Rom. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat Tschitscherin gestern ein Telegramm aus Genf erhalten, in dem das Völkerbundssekretariat Russlands Botschafter zur Mitarbeit an der Abrüstungskonferenz mit Vorfriedigung befragt.

Freitag wird der Rat der Völkerbundsmitglieder Russlands Haltung auf der Abrüstungskonferenz beraten. Tschitscherin gibt das Hauptreferat. Man nimmt an, daß der Berliner Sowjetbotschafter Krestinski nach Genf gehen wird.

## Eine neue Regierung in Südjina

Berlin. Eine neue nationaleistische Regierung wurde, wie die Abendblätter melden, im Kanton unter dem Vorherrschaft der Wangtshingweh gebildet. Sie wird von den Truppen der Provinz Kuangtung und den Mitgliedern der Familie Sun Yat Sen unterstützt. Tschangtschaj, der sich augenblicklich in Japan aufhält, soll den Oberbefehl des Heeres übernehmen. Die neue Regierung beabsichtigt auf alle Einkommen Südjinas die Hand zu legen und sie für ihre Zwecke zu gebrauchen, so daß die Nationalistische Regierung ohne Mittel Wangtshingweh bestehen soll, ebenfalls alle Beziehungen zu den politischen Truppen des Kuangtse-Landes abbrechen und sich mit japanischen Ratnehmern umgeben oder, falls die Japaner ablehnen, mit Russen. Der Finanzminister der neuen Regierung, Sun, ist ein Bruder der Witwe Sunyatsens.

## Der Bergbaustreik in Kanada

London. Nach einer Blättermeldung aus Winnipeg sind im Laufe des Bergarbeitersstreikes in Kanada verschiedene Sabotageakte verübt worden. Mehrfach soll versucht worden sein, Bergbauarbeiten in die Luft zu sprengen. Der durch Sprengungen entstandene Schaden habe eine zeitweilige Stilllegung der Bergbauarbeiten zur Folge. In einigen Bezirken sollen die Arbeiter wieder aufgenommen worden sein.

## Die Mission des Dr. Su-Mandschu

Roman von Sax Rohmer.

14)

Es glückte Smith, mir geschickt den falschen Zopf zuzuwerfen, und mit seiner Hilfe konnte ich unter trampfender Anstrengung den untersten Ring ergreifen. Meine letzte deutliche Erinnerung war, daß die Decke über uns zusammenbrach und der große brennende Querschnitt drunten im Pfuhl zischend verglomm. Beim Schein der Flammen erkannte ich auf dem oberen Rand des Balkens, an dem ich mich hatte festklammern wollen, zwei blinkende Schwerter, die dort befestigt waren, mit der scharfen Schneide nach oben — — —

„Die abgeschnittenen Finger ...“ stöhnte ich und sank in barmherzige Ohnmacht.

Wie Smith es fertigbrachte, mich nach oben zu schaffen, weiß ich nicht — ebensovwenig, wie wir durch Rauch und Feuer ins Freie gelangten. Als ich zu mir kam, sah ich, unterstützt vom Arm meines Freundes, auf der Straße, während Inspektor Ryman ein Glas an meine Lippen hielt. Mich blendete glühende Helle. Eine aufgeregte Menge wogte um uns, und lautes Lachen drang ständig näher.

„Das sind die Feuerwehrragen“, erklärte Smith, der mein Erstaunen bemerkte. „Shen-Dans Laden steht in Flammen. Mein Schuß hat bei deinem Sturz durch die geheime Todesfalle die brennende Petroleumlampe zerplatzt.“

„Sind alle draußen?“

„Soviel ich weiß — ja!“

„Su-Mandschu?“

Smith suchte die Mäkeln: „Niemand hat ihn gesehen. Wir fanden eine Tür an der Rückseite — — —“

„Glaubst du, daß er vielleicht — — —“

„Nein. Nicht, bevor ich ihn tot vor mir sehe, glaube ich es.“

Dann lehrte mir das Erinnern zurück. Schwankend erhob ich mich.

„Smith, und wo ist sie?“

„Ich weiß es nicht!“

„Sie ist uns entschlüpft, Herr Doktor“, mischte sich Kommissar Weymouth ins Gespräch. „Und zwar in dem Augenblick, als die Feuerwehrragen um die Ecke der engen Gasse bogen. Auch Sin-gapope Charlie und einer der Reize, die ich beschützte. Wir haben

ein gutes halbes Duzend verhaftet, einige im Schlaf. Aber ich glaube, daß wir sie wohl wieder werden laufen lassen müssen. Herr Smith sagte mir, daß das Mädchen als Chinese verkleidet war; daher ist es ihr anscheinend gelungen, sich davonzumachen.“

Ich entsann mich, wie ich mit Hilfe des falschen Zopfes aus dem Wasser gezogen wurde, und daß Smith ihn, als er mich auf der eisernen Leiter in Empfang nahm, fortgeschleudert hatte. Die Maske hätte das Mädchen vielleicht festhalten können, aber die Perücke war, wie ich bestimmt wußte, in die Wellen hinabgefallen. Nach diesem Verlust konnte also ihre Chinesenverkleidung nur noch als sehr unvollständig gelten — — —

Stunden später, während Smith und ich uns in einem Wagen von diesem Schauspiel unzählbarer ruchloser Verbrechen entfernten, durchquerte mich ein Gedanke.

„Smith“, fragte ich, „hastest du den Zopf, den man bei Cadby fand, vorhin bei dir?“

„Ja. Ich hoffte dem Eigentümer zu begegnen.“

„Bistest du ihn noch?“

„Nein, ich bin dem Eigentümer begegnet!“

Ich streckte die Hände tief in die Taschen der großen, weiten Jacke, die Kommissar Ryman mir geliehen hatte, und lehrte mich in meine Ecke zurück.

„Wir werden nie sonderliche Erfolge in dieser Angelegenheit erzielen“, fuhr Smith melancholisch fort. „Wir sind zu sentimental, Peirce. Ich wußte, was es für uns bedeutet, was es für die Welt bedeuten würde, das Mädchen zu verhaften; aber ich hatte den Mut nicht. Du verdankst ihr dein Leben — ich mußte die Schuld wettmachen. Nun sind wir quitt mit ihr!“

## Siebtendes Kapitel

### Redmoat.

Ueber Redmoat neigte sich der Sommerabend seinem Ende zu. Von meinem Fenster aus blickte ich nach dem Notturno in Silber und Grün unter mir. Westlich der dichten Anpflanzung mit ihrem Baldachin von Ulmen und Buchen gestaltete ein offener Platz einen Ausblick auf die Waveney, die sich hier zu einem kleinen See verbreiterte. Schwache Vogelrufe schwebten über dem Wasser. Nichts außer ihnen und dem leisen Blätterflüstern unterbrach die ländliche Stille.

Trübsinnige Ruhe überall — aber meine Augen erblickten in jedem Schatten phantastische Greuel, und meine Ohren hörten aus jedem Laut ein Ruffignal. Denn die furchtbare Hand über

Mandschu's rechte sich drohend über dieser friedlichen Stätte, jedem Augenblick bereit, asiatische Schrecken auf ihre Bewohner loszulassen.

„Nun“, bemerkte Rayland Smith, während er zu mir ans Fenster trat, „wir glaubten annehmen zu dürfen, daß er tot sei; aber wir wissen jetzt, daß er lebt!“

Pfarrer Joshua D. Eltham häufelte nervös und fragte leise: „Glauben Sie, daß ich richtig handelte, Sie zu rufen, Herr Smith?“

„Ehrwürden, Sie sehen in mir jemanden, der im Dunkeln laftet. Ich bin im gegenwärtigen Augenblick dem Ende meinen Sendung nicht näher als zu der Zeit, da ich Mandalay in Burma verließ. Sie gaben mir die Aussicht auf eine Spur. Und deshalb bin ich hier. Soweit ich sie verstanden habe, handelt es sich um folgendes: Eine Reihe von Einbrüchen oder Ähnliches hat ihre Hausgenossen beunruhigt. Als Sie gestern in Begleitung Ihrer Tochter Greba mit der Bahn zurückkehrten, sind Sie beide, obwohl sich niemand weiter in Ihrem Abteil befand, auf irgendeine Weise betäubt worden. Ihr Fräulein Tochter erblickte beim Erwachen einen Fremden mit einem gelben Gesicht, der ein Instrumentenkästchen in der Hand hielt.“

„Ja. Ich konnte telefonisch natürlich nicht alle Einzelheiten klarlegen. Der Mann stand vor dem Fenster. Als er bemerkte, daß meine Tochter das Bewußtsein wiedererlangte, trat er auf sie zu.“

„Was tat er mit dem Kästchen?“

„Darauf hat sie in ihrem Schreck nicht geachtet; wenigstens erwähnte sie nichts davon. Sie erinnert sich nur noch, daß sie — allerdings erfolglos — versuchte, mich nachzurufen. Dann fühlte sie sich an der Schulter gefaßt, worauf sie aufs neue in Ohnmacht sank.“

„Aber jemand hat die Notbremse gezogen und den Zug zum Halten gebracht?“

„Greba kann sich nicht entsinnen, daß sie es tat.“

„Hm. Natürlich war kein Mann mit einem gelben Gesicht im Zuge. Wann schwand Ihr sonderbarer Betäubungszustand, Herr Pfarrer?“

„Ich wurde durch die Bemühungen des Schaffners wach — aber erst, nachdem er mich ein paar mal gehörig geschüttelt hatte.“

„Als Sie Great Yarmouth erreichten, haben Sie sicherlich sofort Scotland Yard angeklungen? Das war sehr vernünftig von Ihnen, Ehrwürden. Wie lange waren Sie in China?“

(Fortsetzung folgt.)

## Polnisch-Schlesien

### Journalistische Hanswurstdiade

Die letzten Kommunalwahlen der Groß- und Mittelstädte Polens brachten mit wenigen Ausnahmen einen auffallenden Stimmengewinn der sozialistischen Parteien einschließlich den Kommunisten. Um nur eins herauszugreifen, in Lodz und Warschau war es für die Sozialdemokratie so enorm, daß sie zur führenden Partei aufstieg. Diese Erscheinung kam dem, der die inneren Verhältnisse der Republik kennt, keineswegs überraschend. Die Unzufriedenheit mit dem bestehenden Regierungssystem, die denkbar ungünstigste wirtschaftliche und soziale Lage der breiten Kreise, hervorgerufen durch eine struppellose Lohnwucher- und Steuerpolitik, durch unzulängliche Geleise eine unglaubliche Korruption innerhalb der rechtsstehenden Parteien, fand ihren Niederschlag in einer Massenflucht — in die sozialistischen Parteien. Der damit verbundene starke Zerfall der Rechten löste, was nicht anders sein kann, keine freudige Empfindung in ihrer Führerschaft und den ihr verbündeten Kreisen aus. Aber merkwürdigerweise zog ihre Presse, mit ganz geringfügigen Ausnahmen, es vor, mit den sonst üblichen Wutausbrüchen, die jeden sozialistischen Erfolg zu begleiten pflegen, zurückzuhalten. Schweigen wurde jetzt Trumpf für sie, wahrnehmlich deshalb, um die doch zu blamable Niederlage und die durch sie offenbar gemordene Unfähigkeit, Parteipolitik im Interesse der Wähler zu führen, etwas zu verschleiern. Wie weit ihr das gelang oder gelingen wird, werden wir ja noch später Gelegenheit haben, zu hören.

Mit dieser Politik des Schweigens scheint man der „Oberschlesische Kurier“, dem ja die rote Flut auch ein Greuel vor dem Herrn sein muß, nicht einverstanden zu sein, wie wir aus seinem in der Dienstausgabe erschienenen Artikel: „Der Ruck nach Links“ entnehmen können, der, genauer gesehen, eine vollendete journalistische Hanswurstdiade darstellt. Es ist wirklich schade um die Tinte, die dafür verspritzt wurde, denn in diesem Produkt, welches der Autor ein Menetekel an Kirche und Staat nennt, da beide nach seiner Ansicht der zunehmenden Radikalisierung der breiten Volksmassen gleichgültig gegenüberstehen, ist alles wie Kraut und Rüben in einen Topf zusammengeworfen und von einer Unkenntnis der urächlichen Zusammenhänge, welche für die sozialistischen Wählerfolge oder Radikalisierung der Massen, wie er es nennt, vor der ihm gruselt, Voraussetzung waren, die man fast „genial“ nennen darf. Wir hätten diese Hanswurstdiade schon aus kollegialen Mitleid, der Autor ist uns nämlich nicht unbekannt, übersehen, aber um einer zweiten Auflage vorzubeugen, es geschieht lediglich aus purer Menschlichkeit, wollen wir sie doch etwas unter die Lupe nehmen. Besonders der Appell an die Kirche ist es, der uns freut, denn gerade der „Oberschl. Kurier“ war es, der noch nicht vor langer Zeit Front gegen die politische Betätigung der Geistlichkeit machte und Gift und Galle sprühte über die nationale Verheerungsarbeit dieser Herren Diener Gottes. Das war anständig. Nun aber, da es sich um die marxische Gefahr handelt, läßt er diesen Umstand fallen und wirft die Kirche um Hilfe an, denn nichts anderes will dieses Menetekel, und das bedeutet, die Kirche solle eingreifen, was aber eine politische Betätigung voraussetzt. Das ist doch ein eigenartiger Widerspruch, der einem Blatte, wie es der „Oberschl. Kurier“ ist, nicht unterlaufen sollte, denn gerade mit diesem schlägt er der christlichen Weltanschauung, die sowieso schon ziemlich müde ist, ganz anständig ins Gesicht. Uns kann das natürlich nicht schaden. Und noch eine weitere Glanzleistung können wir feststellen. Bei der Forderung nach den Ursachen über die zunehmende Radikalisierung, zieht der Autor auch noch die Lohdger und Warschauer Wohnungsverhältnisse, die bekanntlich katastrophale sind, heran und schreibt ihnen die Hauptschuld zu, denn pathetisch schreibt er: Das sind die Brutstätten der Radikalisierung, die Herde des Sozialismus und Kommunismus, des sittlichen Niederganges. Sicherlich spielt die Wohnungsverhältnisse im politischen Leben der Massen einen nicht unerheblichen Faktor, sie jedoch als die Hauptursache darzustellen, zeigt von einer kaum dagewesenen politischen Unreife, die in einer Redaktion nicht zu Hause sein sollte. Würde dem so, dann dürfte das Wohnungsproblem in keinem Programm der sozialistischen Parteien stehen, und gerade die sind es, die ihm ihre Hauptaufmerksamkeit zuwenden. Ist das „rote Wien“ darin nicht vorbildlich. Ist hier nicht das Wohnungsproblem in einer beispiellos dastehenden Weise gelöst worden. Ja, wozu denn das, wenn durch seine Lösung die sozialistische Entwicklung gehemmt würde. Welche Partei würde sich so ins eigene Fleisch schneiden. Was jedoch den sittlichen Niedergang der Massen infolge der Wohnungsverhältnisse anbelangt, so ist das nicht abzustreiten, aber der Autor bezeichnet ihn als eine Folge des Sozialismus, des Kommunismus und der Radikalisierung. Ein solcher Unfug ist wohl selten verzapft worden, denn ebenso gut könnte man das vom Katholizismus behaupten. Die letzten kriminellen Statistik zeigen, daß gerade Bayern, das urkatholische, einen verhältnismäßig hohen Prozentsatz an Verbrechen aller Art aufweist und die Statistiken über uneheliche Geburten bezeugen dasselbe. Auch hier markiert Bayern, dieses fromme Ländchen, an der Spitze. Ist das etwa auch ein sittlicher Niedergang? In dieser Weise könnten wir weiter fortfahren und noch andere Beweise für hochstehende Stillebnheit des Christentums bringen. Da brauchen wir uns nicht erst in Deutschland umzusehen, Königshütte dürfte auch genügen. Und noch eins. In der „Kurier“-Hanswurstdiade wird auch an den Staat appelliert. Soll das ein Wink mit dem Zaunpfahl sein, den Sozialisten ein bißchen an die Landkarte zu gehen, so wie etwa den Kommunisten. So ein kleines Sozialistengehök, nicht wahr!

Was doch mitunter so ein christliches Journalistengehirn für verbotene Gedankengänge hat. Es ist schwer, sich mit solchen journalistischen Hanswurstdiaden abzuquälen zu müssen, aber wir tun es gern. Erstens aus kollegialen Mitleid, und dann, um wenigstens einmal ein gutes Wort im christlichen Sinne zu vollbringen.

### Die Kohlenförderung im Oktober

Vom 1. bis 23. Oktober wurden in Polnisch-Oberschlesien 1 803 000 Tonnen Steinkohle gefördert, das sind durchschnittlich 94 000 Tonnen. Im Vormonat betrug die Durchschnittsförderung 92 000 Tonnen. Der Export vom 1. bis 23. Oktober betrug 636 000, der Absatz auf dem Inlandsmarkt 1 053 000 Tonnen. Sehr stark während machen sich in steigendem Maße die Waggonschwierigkeiten bemerkbar. In der Woche vom 17. bis 23. Oktober wurden 8458 Waggons angefordert, aber nur 7634 gestellt, das bedeutet ein Manko von 9,7 Prozent. Dadurch wird der Absatz trotz der günstigen Konjunktur aufgehalten.

## Ein Aufruf der Deutschen Wahlgemeinschaft

Wir erhalten folgende Zuschrift:

An die Deutschen!

Die deutsche katholische Volkspartei und die deutsche Partei, verbunden in der Deutschen Wahlgemeinschaft, lehnen jede Mitarbeit an der kommunistischen Stadtverordnetenversammlung von Katowice ab, weil der deutsche Bevölkerungsteil in Umkehrung der Tatsachen seines Einflusses beraubt wird.

Die Mitarbeit von Deutschen wäre die Anerkennung dieser unzulässigen Behandlung.

Wir erwarten deshalb, daß niemand ein Amt in den kommunistischen Einrichtungen der Stadtverwaltung annimmt.

Katowice, den 2. November 1927.

Deutsche Wahlgemeinschaft.

Deutsche katholische Volkspartei.

Mg. Dr. Pani, Vorsitzender.

Deutsche Partei.

Mg. Rosumek, Vorsitzender.

Der Protest der Deutschen Wahlgemeinschaft ist nicht unberechtigt, wenn uns die Verweigerung der Mitarbeit auch zu weitgehend erscheint. Man braucht durch Mitarbeit noch lange nicht ein Unrecht anzuerkennen. Von diesem Gesichtspunkte haben sich die ernannten Vertreter der Deutschen

Sozialistischen Arbeiterpartei leiten lassen, als sie ihre Mitarbeit an der kommunistischen Rada miejska zugaben. Selbstverständlich werden sie ihrer Meinung in der ersten Sitzung der Rada Ausdruck geben, daß sie in der getroffenen Zusammenfassung eine Vergewaltigung der deutschen Minderheit sehen. Wollte der Wojewode auch nur einen Funken von Demokratie zeigen, so hätte er die Zusammenfassung anders bestimmt. Aber die Auflösung ist ja nichts anderes, als ein Akt, eine deutsche Mehrheit in eine Minderheit und die polnische Minderheit mit einer Verordnung in eine Mehrheit zu verwandeln. Und darum ist auch der Schritt der Deutschen Wahlgemeinschaft verständlich, wenn er auch unseren Anschauungen nicht zuzagt. Wir wollen durch die Teilnahme eine Kontrolle haben, ob die ernannte Rada miejska ein Institut zur Vertretung der Rechte der Bevölkerung sein wird, oder ob hier die Jagd nach Nennern weiter betrieben werden soll. Die bisherigen Erfahrungen lassen darauf schließen, daß nur die Polonisierung fortgesetzt wird und von der künftigen Arbeit der Rada miejska hängt unsere Mitarbeit ab. Sie ist kein Freischein oder gar Anerkennung der Entscheidung des Wojewoden und des Wojewodschaftsrates. Ueberrigens billigen wir die Eingabe des Deutschen Volksbundes an das Minderheitsamt und werden ja sehen, wie sich nun die Rechtsbeugung der Wojewodschaftsbehörden bezüglich der Minderheiten vor internationalen Instanzen gestalten wird.

X. Y. 3.

## Kommt Tarnowitz an die Reihe?

Wyslowitz hat gezeigt, wie man es machen soll, wenn man ein Stadtparlament mit einer deutschen Mehrheit loswerden will. Man nimmt irgend was zum Vorwand und erklärt ganz einfach, daß man sich „provokiert“ fühlt und verläßt die Sitzung, die dann solange boykottiert wird, bis sie die Behörden auflösen. Das haben die polnischen Ratsklubs in Katowitz gemacht und damit die Auflösung des Stadtparlaments erzwungen. In Wyslowitz sind sich die polnischen Ratsklubs nicht einig gewesen, so daß nur ein Teil die Versammlung verließ, während die größere Hälfte sich nicht „provokiert“ fühlte und noch weiterhin an den Sitzungen teilnahm. In Königshütte endlich verließ es bei der Drohung und durch den Kamossagang der deutschen Wahlgemeinschaft dürfte es vorläufig zu der Auflösung des Königshütter Stadtparlaments noch nicht kommen. Verschieden ist aber nicht aufgehoben, sagt ein deutsches Sprichwort, das hier mit Recht angewendet werden kann.

Nun tritt plötzlich das Tarnowitzer Stadtparlament in den Vordergrund. Eigentlich ist dort nichts geschehen, was von polnischer Seite als „Provokation“ bezeichnet werden könnte. Und doch fühlt man sich „provokiert“ und verläßt die Sitzung. Welcher Tarnowitzer war schon längst die polnische Presse beunruhigt gewesen. Ihre schwachen Nerven konnten schlecht vertragen, daß in Tarnowitz ein Deutscher als Bürgermeister sitzt und im Stadtparlament die Deutschen in der Mehrheit sind. Es war aber nichts zu machen, weil die Deutschen sich in jeder Hinsicht ganz korrekt benommen haben. Nachdem aber die Boykottkammerung der polnischen Ratsklubs in Katowitz die Auflösung des Radowitzer Stadtparlaments erzwungen hat, versucht man dieselben Methoden auch in Tarnowitz anzuwenden. Die Gelegenheit zu einem ähnlichen Vorgehen wie in Katowitz bot sich bei der Wahl des Bürgermeisterstellvertreters. Diesen Posten haben die Deutschen für die Polen reserviert, was aber nicht bedeutet, daß die Polen mit ihrem Kandidaten die deutsche Wahlgemeinschaft provozieren dürfen. Das ist aber geschehen, weil die polnischen Ratsklubs Dr. Hager als ihren Kandidaten vorgeschlagen ha-

ben. Dr. Hager kämpft in den ersten Reihen des Westmarckenverbandes. Er war unter dem Memorial unterfertigt, das zur Befestigung des Marschall Wolny aus der Gemischten Kommission in Oberschlesien beigegeben hat. Diese Kandidatur war der deutschen Wahlgemeinschaft nicht genehm, weshalb sie bei Abstimmung weisse Zettel abgegeben hat. Dr. Hager erhielt alle 12 polnischen Stimmen, während die Deutschen 16 weisse Zettel abgegeben haben. Dr. Hager erhielt also nicht die vorgesehene Stimmenzahl und wurde nicht gewählt. Die polnischen Ratsklubs fühlten sich dadurch „provokiert“ und verließen die Sitzung. Sie erklärten, daß sie die Sitzungen nicht mehr besuchen werden. Eigentlich haben hier die Polen kein Recht, sich „provokiert“ zu fühlen, denn sie haben die deutsche Mehrheit mit ihrem ungeeigneten Kandidaten provoziert. Wir erinnern nur an den Fall des Königshütter Stadtparlaments, als die deutsche Wahlgemeinschaft das Fräulein Ernst in die Stadtparlamentwahl vorschlug. Von polnischer Seite wurde da Hallo aus Bestechungen geschrien und von der Auflösung des Stadtparlaments in Königshütte gesprochen und geschrieben. Das was Fräulein Ernst für die Polen ist, ist Dr. Hager für die Deutschen, weshalb es völlig verständlich erscheint, daß die deutsche Wahlgemeinschaft in Tarnowitz mit weissen Zetteln stimmte. Kein Mensch wird sich ohne jede Ursache ins Gesicht schlagen lassen und dem Kaufbolld noch die zweite Gesichtseite zum Schlagen vorhalten. Wenn das die polnischen Ratsklubs in Tarnowitz nicht begreifen wollen, so ist ihnen nicht zu helfen, dann mag auch schließlich kommen was will.

Der Tarnowitzer Vorfall kennzeichnet sehr deutlich die Verhältnisse in unseren schlesischen Gemeinden. Unbestimmt um die bestehenden Geleise und Wagnungen, ferner um die demokratischen Grundzüge, verläßt die polnische Minderheit unter jedem Vorwand die deutsche Mehrheit zu übermächtigen. Daß dabei die kommunale Selbstverwaltung leiden geht, wird nicht danach gefragt.

### Erhöhung des Personen-Tarifs der Eisenbahn

Vom 1. Januar ab soll eine Erhöhung der Fahrpreise im Personenverkehr der polnischen Eisenbahnen erfolgen. Der neue Tarif, der dem Verkehrsminister zur Genehmigung vorgelegt worden ist, sieht eine Erhöhung des Fahrpreises für 1 Kilometer in der dritten Wagenklasse von 5,5 Groschen auf 6 Groschen vor. Bei Fahrpreisen über 300 Kilometer tritt eine Ermäßigung bis auf 4 Groschen für 1 Kilometer ein. Wohl die obige Erhöhung für die Deckung der im Haushaltsplan der Eisenbahn feststehenden 63 Millionen Floz nicht ausreicht, soll noch eine feste Stationsgebühr von jedem Fahrgaste ohne Rücksicht auf die Länge der Fahrstrecke erhoben werden. Die Stationsgebühr soll zur Deckung der Kosten verwendet werden, die die Eisenbahn zu tragen hat, bevor der Fahrgast in den Wagen steigt.

### Katowitz und Umgebung

#### Erweiterungsarbeiten im Knappschafstlazarett.

Die Erweiterungsarbeiten am Hauptgebäude des Knappschafstlazaretts auf der Emmastraße in Katowitz schreiten rüstig vorwärts. Mit der Aufführung — es handelt sich um den Anbau eines dritten und vierten Stockwerkes — hat man Anfang August d. J. begonnen. Im ersten Anbau (3. Stockwerk) sollen 10 geräumige Krankenzimmer mit Baderäumlichkeiten für die Kranken, ferner je eine Zweizimmerwohnung für zwei Assistenzärzte, gleichfalls mit Baderäumlichkeiten und Kojettanlagen für die Kranken und das Personal eingerichtet werden. Weiterhin wird beabsichtigt im zweiten Anbau (4. Stockwerk) außer den notwendigen Bodenräumen ein Gartendach, 380 Quadratmeter umfassend, anzulegen, welches ein Brausebad in einem Mäusack von 52 Quadratmetern sowie Turngeräte für turnerische und gymnastische Übungen für Leichterfrankte bezw. Genesende aufweisen wird. Rings um das Gartendach soll eine Balustrade geschaffen werden. Die Bauarbeiten werden von der Firma „Zjednoczenie Przemyslowe i Budowlane w Myslowicach“ ausgeführt und sollen bis Ende dieses Jahres endgültig fertiggestellt werden. Bei diesen Arbeiten werden neben dem Fachpersonal ca. 50 Erwerbstätige beschäftigt, welche vom Arbeitsvermittlungsammt angefordert wurden. Nach unseren Informationen wird für späterhin die Errichtung und Anbringung eines Personenaufzuges für die Kranken geplant, welcher aus dem Kellergerüst bis zum letzten

Stockwerk des nach Fertigstellung etwa 27 Meter hohen Hauptgebäudes eingebaut wird. Gegenwärtig wird, nachdem das dritte Stockwerk bereits angebaut worden ist, nunmehr das vierte Stockwerk hochgezogen.

### Die erste Sitzung der kommunalistischen Stadtverordneten.

Schon am kommenden Montag, den 7. November, findet die erste Sitzung der kommunalistischen Stadtverordneten statt.

**Konzert Sigrid Onegin.** Am Freitag, den 4. November, abends 8 1/2 Uhr, findet das Konzert — 2. Abonnementskonzert — von Sigrid Onegin, der größten Sängerin der Welt, statt. Wir machen unsere Abonnenten darauf aufmerksam, daß ihre Karten nur bis Freitag, mittags 1 Uhr, reserviert werden. Karten, die bis zu dieser Zeit nicht abgeholt worden sind, werden weiterverkauft.

**Volkschule Katowitz.** Heute, Donnerstag, 6 Uhr: Polnisch für Schüler und Schülerinnen, 7 Uhr, für Anfänger, 7 1/2 Uhr: Fortgeschrittene (Vierter Kursus in der Volksschule), 8 Uhr: Englisch für Fortgeschrittene, 8 1/2 Uhr in der Knabenmittelschule, Chemie für Anfänger. Gleichzeitig danke ich Ihnen bestens für die wochenwöchige Unterstützung, die Sie unserer Volksschule durch die Aufnahme der Notizen gewährt haben. Ich lade Sie, falls Sie Interesse und Zeit dazu haben, zum gelegentlichen Besuch des einen oder anderen Kurses ein, um auch gern bereit, über den Erfolg der Arbeit und einiges andere Ihnen persönlich zu berichten, falls Sie das in irgendeiner Form wünschen wollen.

**Allgemeiner freier Angestelltenbund.** Die Ortsgruppe Katowitz des Allgemeinen freien Angestelltenbundes veranstaltet am heutigen Donnerstag, den 3. November d. J., abends 8 1/2 Uhr, im Bundeshaus-Saal Katowitz, ul. Mickiewicza 8, 1. Etage, ihre fällige Mitgliederversammlung. Mit dieser Versammlung wird gleichzeitig das fünfjährige Bestehen der Ortsgruppe Katowitz des Ablandes gefeiert. Es ist ein besonderes Programm für diesen Abend festgelegt. Hierbei sollen aber die laufenden gewerkschaftlichen Fragen nicht unbeachtet gelassen werden. Im Anschluß an den offiziellen Teil findet ein gemüthlicher Teil statt, der durch musikalische Vorträge, Regitationen usw. ausgefüllt wird. Die Angehörigen unserer Mitglieder sind zu diesem gemüthlichen Teil herzlich eingeladen. Um recht zahlreichen Besuch wird gebeten.

**Herabsetzung von Höchstpreisen.** Eine Ermäßigung der Höchstpreise für Weizenmehl sowie Dessertbutter ist auf der letzten Sitzung der Preisfestsetzungskommission in Ratowitz am Mittwoch, den 2. d. Mts. vorgenommen worden. Es beträgt der neue Höchstpreis für das Pfund Weizenmehl (Griech) 53. ausgewähltes Weizenmehl (glatt) 51. Weizenmehl (60 Prozent) 46 Groschen und Dessertbutter auf dem Markte 3.50 Zloty. Jede Preisüberschreitung wird bestraft.

**Arbeitslosenfürsorge.** Im Stadt- und Landkreis Ratowitz und Plesch sind in der letzten Berichtswache am 10.10.1926 Erwerbslosige insgesamt 110.757 Zloty als Arbeitslosenunterstützung zur Auszahlung gelangt. Es erhielten 8348 Beschäftigungslos die Staatsbeihilfe in Höhe von 89.601 Zloty, weitere 956 Personen die Erwerbslosenunterstützung nach dem Gesetz vom 18. Juli 1924 im Betrage von 15.225 Zloty, ferner 684 Arbeitslose eine Unterstützung nach dem früheren deutschen Gesetz im Betrage von 4694 Zloty und schließlich 177 Arbeitslose die Woiwodschaftsbeihilfe in Höhe von 1237 Zloty.

**Wer kennt die Frau.** Eine etwa 20-jährige Frauensperson brach am Feste Allerheiligen vormittags kurz nach 12 Uhr auf der Holzstraße plötzlich zusammen und mußte nach dem städtischen Krankenhaus mittels Krankenwagen geschafft werden. Die Personalien der Unbekannten, bei welcher irgendwelche Dokumente nicht vorgefunden werden konnten und deren Gesundheitszustand sich noch nicht gebessert hat, konnten zur Zeit nicht ermittelt werden.

**Vom Auto angefahren.** Auf der Bahnhofstraße in Ratowitz wurde am Dienstag nachmittag die auf der Prinz-Heinrichstraße wohnhafte Frau Marie Stefanski mit ihrem vierjährigen Sohn Wilhelm von dem Personenauto SL 3153 angefahren, jedoch so, daß beide nur leichte Verletzungen davontrugen. Das Kind wurde nach dem städtischen Spital geschafft, während die Frau nach Erteilung der ersten ärztlichen Hilfe den Heimweg antreten konnte. Dieser Vorfall hatte auf dem belebten Straßenzug einen größeren Menschenauflauf zur Folge.

**Zusammenprall zweier Personenautos.** Ein schwerer Zusammenprall zwischen zwei Personenautos ereignete sich erneut an der Straßenkreuzung ulica Sienkiewicza und Woiwodska in Ratowitz, am gestrigen Mittwoch, gegen 1 Uhr mittags. Das Personenauto J. K. 34.232, welches auf die ulica Woiwodska aufzufahren, prallte ziemlich heftig auf das entgegenkommende Personenauto SL 1584 auf, dessen Bremsvorrichtung sowie die Außenwandung des Motors stark beschädigt wurde. Da bei dem Anprall überdies die Räder aus den Achsen sprangen, mußte das beschädigte Auto mittels Lastwagen fortgeschafft werden. Zur Zeit steht noch nicht fest, welchen Chauffeur die Schuld an dem Unfall, bei dem zum Glück Personen nicht zu Schaden gekommen sind, trifft. In jedem Falle dürfte es sich für die Autolenker empfehlen, in Zukunft an dieser Stelle ein gemäßigteres Tempo einzuschlagen, um stets die Möglichkeit zu besitzen, rechtzeitig ausweichen zu können.

**Frecher Einbruchsdiebstahl.** Bisher nicht ermittelte Täter drangen in die Stallungen auf der ulica Kloriana im Ortsteil Zawodzie ein und entwendeten dortselbst zum Schaden der Hauseinwohner B. und K. zwei Schweine im Gesamtwerte von 200 Zloty.

**Janow.** Infolge des sich immer mehr ausbreitenden Kartoffelfrostes in dem Janower Bezirk, ist laut Bekanntmachung des Gemeindevorstandes die Ausfuhr von Kartoffeln streng verboten. Übertretungen werden nach der Verordnung der Woiwodschaft vom 15. 7. 1927 mit Geldstrafe von 100 Zloty oder zwei Wochen Gefängnis bestraft.

**Janow.** (Für Arbeitslose.) Die Kontrolle der Arbeitslosen für den Janower Bezirk findet anstatt Mittwoch, jeden Montag von 8-9 Uhr vorm. statt.

## Königshütte und Umgebung

### Des Lebens Abgang.

Von durchgeistigten Farben des Herbstes sind alle Dinge umhaucht, und große, verjüngte Augen ruhen über der Landschaft. Ich möchte mich dem Tage hingeben, mit Nerven wie Sommerfäden, die zucken und zittern, wenn fern ein Vogel krächzt, ein Blatt vom Baume sich löst.

Kahle Birkenzweige ranken in untergehende Sonne. Nachwind trägt herbe Klänge in rätselhaften Händen, entführt sie ungelöst, im falschen Laube raschelnd. Wir stehen einsam, geheimnisvoll. Uns ist so weh, so seltsam weh im ungelösten Schweigen. In den Baumkronen der Buchen flammt die bunte Pracht des Herbstes. Das weisse Laub am Boden stimmt schwermütig. Das Laichen der Kinder ist eingeschlummert. Bald werden sie ihre zarten Wangen an die Fenster drücken, wenn die Winde hart ums Haus gehen und das letzte Blatt vom Baume reißt, vielleicht das gleiche Blatt, das sich im Frühlingstraum zuerst entfaltete. Es fällt, taumelt in bleichen Sonnenstrahlen, müde aufleuchtend. Der Fuß schreitet darüber hinweg und stampft es ein... Warum denn denken? — — —

Zwei kahle Bäume stehen auf öd-braunem Felde, erstarret Wille, vergessenes Sehnen. Der Kartoffelfeuer schwerer Rauch zieht darunter hin. Einst stieg überm Felde froh die Leuchte auf! Jetzt krächzen nur heisere Raben. Aus den Scheunen klingt der stumpfe Rhythmus des Dreschens. Der Stallalterne heimlicher Schein huscht über die braunen Säde, die des Jahres Mühe und Arbeit umfüllen. Arbeit, Brot, Müdigkeit geben den Hütten die drei Grundfarben, in die manchmal ein roter Tropfen Freude oder ein schwarzer Tropfen Leid fällt.

In den Straßen der Städte flammen schon früh die Laternen auf. Die lauten Straßen wissen nichts von der heimlichen Trauer draußen in Feld und Wald. Wenn über den Bahndamm ein Herbstblatt fliegt oder in den Händen der alten Frauen in Strakeneden Wintern blühen, dann zuckt wohl ein Herbstgefühl über die Stirnen der Vorübergehenden. Die Theater und Kinos, die Cafes und Tanzsäle lächeln die Wehmüt des Herbstes aus. Die Armen und Arbeitslosen taufen über die dünnen Kleider und fühlen, wie der Herbststurm die Not näher trägt, hinein in die feuchten, engen Wohnungen. Alle Melancholie des Herbstes steuert sich an den Stätten der Armut zu einer grauenhaften Gebärde der Not.

Wer auf harten Grund gepflanzt oder in Kronarbeit hart geworden ist, redt sich gegen den Sturm. Mögen die leisen Sehnüchte und Sommerträume wie Blätter des Lenzes zu Boden taumeln, die Wurzeln bleiben in der Erde, in dem Stücken, das täglich durch Arbeit erkämpft wird. Nimmer ruht der Kampf um Raum, Brot und ein Scheit Holz, um ein Buch und eine trauliche Stunde im Lichtkreis der Lampe.

**Ueberdachung des Suezkanals.** Die vor einigen Wochen begonnenen Ueberdachungsarbeiten am Suezkanal sind in annähernd tausend Meter Länge soweit hergestellt, daß in den nächsten Tagen die Ableitung der Gewässer in den Kanal erfolgen kann. Somit ist ein überlanger Zustand beendet und dem dortigen Straßenbild ein anderes Gepräge gegeben worden.

**Raubüberfall.** Montag abends in der 9. Abendstunde nach Geschäftsschluß — die Geschäfte schlossen an diesem Tage bis 8 Uhr geöffnet — drangen drei Banditen mit Revolvern bewaffnet in das Geschäft des Fleischermeisters Piontek, auf der Sobieskiego — Grundstraße, Königshütte beginn, in die anliegende Küche, in der Frau P. beim Zählen der Tageseinnahme beschäftigt war, ein und raubten die Kasse aus. Den Banditen gestanden 500 Zloty in kleineren Scheinen in die Hände. Glücklicherweise hatte der Geschäftsinhaber die größeren Banknoten schon vorher in Sicherheit gebracht. Nach Ladenschluß befand sich im Geschäft nur noch eine Verkäuferin, mit Aufschreiegeschreien beschaffte. Plötzlich klopfte es an der hinteren Tür zum Geschäft. Das Mädchen öffnete. Ihr gegenüber stand ein junger Mann, der ein Pfund Butter zu kaufen wünschte. Wie nun die Verkäuferin das Gesuch nicht veranlassen konnte, die Küche öffnete sie, um den ihr in Zahlung gegebenen 5-Zloty-Schein durch Frau P. wechseln zu lassen, zog dieser junge Mann, der sich als Bandit entpuppte, einen Revolver. Gleichzeitig sprangen zwei andere Banditen als seine Kumpanen mit vorgehaltenen Revolvern in den Küchenraum. Die Verkäuferin und Frau P. waren so erschrocken, daß sie gar keinen Widerstand zu leisten noch um Hilfe zu rufen wagten. In wenigen Augenblicken hatten die Banditen die Kasse geleert und waren verschwunden. Als die überraschten Frauen erst um Hilfe riefen, war jegliche Spur der fliehenden Banditen schon verloren, und die Verfolgung blieb ergebnislos. Als Täter kommen in Frage ein 17-jähriger und zwei 20-23-jährige Burschen. Der erstere der drei Verbrecher hatte am gleichen Tage das Geschäft zweimal aufgesucht, um höchstwahrscheinlich die günstigsten Gelegenheiten zu dem auszuführenden Raubüberfall auszubücheln. Die Polizei ist den Tätern bereits auf der Spur. Sie werden sich ihrer Beute nicht lange zu freuen haben.

**Bausperrung Häuser.** Auch als eine Folge der Zwangswirtschaft werden demnächst in Königshütte 10 Häuser wegen Bauunfähigkeit geräumt werden müssen. Der Magistrat bezw. die Bau-polizei haben bereits Anordnungen erlassen, um die Mieter anderweitig bis zur Instandsetzung der Häuser unterzubringen. Da es sich um mittellose Hausbesitzer handelt, so wird ihnen ein Vorschuss auf die Reparatur von der Stadt gewährt werden müssen.

## Siemianowicz

**Deforier.** Generaldirektor Kiedron erhielt das Kommando der französischen Ehrenlegion.

**Sitzung der hygienischen Kommission.** Am Donnerstag, den 10. November, nachmittags 5 Uhr, findet im Zimmer 11 der Gemeindeverwaltung die erste Sitzung der im September gewählten Gesundheitskommission statt. Die Tagesordnung umfaßt 3 Punkte: 1. Bericht über die allgemeinen sanitären Verhältnisse in der Gemeinde Siemianowice. 2. Die Aufgaben der Kommission für die Zeit nach dem 15. 11. d. J. 3. Freie Aussprache und Anträge.

Die Kommission besteht aus 4 Herren unter dem Vorsitz des Herrn Dr. Herrmann.

**Diebstahl.** Am helllichten Tage wurde in die Wohnung des Grubenarbeiters Pawlik von der Beuthenerstraße eingebrochen und ihm ein Sommerüberzieher und eine Taschenuhr entwendet. — Am Wochenmarkt wurden dem Restaurateur Lipowski von Georgshütte 300 Zloty gestohlen. Er hatte diese unvorsichtigerweise in die Seitentasche des Mantels gesteckt und machte natürlich auf diese Art dem Diebe die Arbeit sehr leicht. Die dauernden Warnungen vor Taschendieben verpuffen solange in der Luft, bis man selbst empfindlich getroffen wird.

**Mittelkino.** Als Freitag läuft dortselbst der klassische Film „Ben Hur“.

## Myslowitz

### Die Tütenfabrik.

In dem alten jüdischen Tempel, der gegenwärtig dem Möbel-fabrikanten Kobak gehört, wurde eine Tütenfabrik eingerichtet. Es werden dort gegen 18 junge Mädchen beschäftigt. Daß die Unterbringung dieser Arbeiterinnen keine fünfliche ist, läßt sich leicht denken. Die Mädchen werden nach einem gewissen Quantum geleisteter Arbeit bezahlt. Sie arbeiten täglich 12 Stunden und verdienen in der Woche im besten Falle 48 Zloty oder sage und schreie 16 Groschen pro Stunde. Trotz dieser elenden Verdienste, wollen sich diese „Arbeitsgeber“ als Wohlthäter aufspielen. Die geleistete Arbeit wird genau kontrolliert und falls die Tüten nicht überall gleich geliebt sind, werden sie sofort zurückgenommen und müssen vom neuen geliebt werden. Es wird schon dafür gesorgt, daß die Mädchen ja nicht zuviel verdienen.

**Die feierliche Stadtverordnetenversammlung.** Am 9. November soll in Myslowitz eine feierliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung stattfinden und zwar aus Anlaß des 9. Jahrestages der Unabhängigkeit der polnischen Republik. Mehrfache Beranlassungen dürften wahrscheinlich auch in dem anderen Gemeindefall stattfinden. In Myslowitz ist diese Sache deshalb interessant, weil die Hälfte der polnischen Stadtverordneten, die Versammlung boykottieren. Werden sie an der feierlichen Stadtverordnetenversammlung teilnehmen? Man stellt bereits die Frage auch anders und zwar, ob die feierliche Stadtverordnetenversammlung nicht etwa deshalb abberaumt wurde, um den Vertretern, die die Versammlung boykottieren, die Rückkehr zu ermöglichen. Wir werden ja sehen, was noch werden wird.

**Gießewald.** Durch Unvorsichtigkeit beim Spielen mit Rindern auf dem Feldern bei der Fiegelei Südschacht Gießewald erlitt der 6 Jahre alte Sohn des Arbeitslosen Brachmann einen Beinbruch.

## Schwientochlowitz u. Umgebung

**Gemeindevertretersitzung in Schlesien.** Unter dem Vorsitz des stellvertretenden Gemeindevorstehers Kozmarowski versammelten sich die hiesigen Gemeindevorstände zu einer Sitzung, in der zunächst das Statut der gewerblichen Fortbildungsschule durchgesehen und angenommen wurde. Um das Budget in diesem Posten im Gleichgewicht zu halten, wurde beschlossen, von dem Arbeitslohn für das Jahr 1925 pro Beschäftigten ein Zuschuß von 10 Zloty und für die Jahre 1926 und 1927 je 15 Zloty zu ver-langen. In Anbetracht des sozialen Notstandes der Invaliden und Arbeitslosen wurde beschlossen, diese Vermehrung der Bevil-lung bis auf weiteres von der Begleichung der Kommunal-

## Börjenskurse vom 3. 11. 1927

(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau . . . 1 Dollar	{ amtlich = 8.92 zł frei = 8.93 zł
Berlin . . . 100 zł	= 46.83 Rmk.
Ratowitz . . . 100 Rmk.	= 213.32 zł
1 Dollar	= 8.92 zł
100 zł	= 46.83 Rmk.

steuern zu befreien. Der Sportklub „Gazeta“ erhielt antrags-gemäß eine einmalige Subvention von 100 Zloty, die in dem Offiziellen Geschäftsbuch 200 Zloty und das Kriegsinvaliden-Komitee 50 Zloty zugesprochen. Durch Zuwahl komplett gemacht wurden 1. die Armenkommission (Robert Wiczorek, Cyprian Golasz, Stanislaus Pawlik und Wilhelm Kaczmarek), 2. die Finanzkommission (Kamjusz, Demet, Weimann, Aweta, Byczel, Galenda, Prandzioch und Kaczmarek) und 3. die Schulkommission (Schulleiter, Ortsgeistlicher, Gemeindevorsteher, Majon, Trojok, Prandzioch, Koning, Ehrenreich und Kompara).

## Kybnitz und Umgebung

### Der Arbeiterheld.

Am 1. Oktober 1926 ereignete sich auf der „Blücher-grube“ in Boguszwitz ein Unglücksfall, bei welchem der Arbeiter Paul Kutschera sein Leben einbüßte. Eigentlich ist das nichts neues, weil solche Unglücksfälle sich tagtäglich auf den ober-schlesischen Gruben ereignen und dabei hundert von braven Arbeitern zugrunde gehen. Niemand weint diesen Arbeitshelden eine Träne nach, die da auf dem Schlachtfeld der Arbeit ihr Leben ließen. Paul Kutschera war noch jung und zählte kaum 27 Jahre. Er wurde durch herabstürzende Kohlenmassen verschüttet und starb den Heldentod auf dem Schlachtfeld der Arbeit. Ehe er aber starb, hat er seinen Arbeitskameraden zugerufen, daß das Unglück nahe und sie sich in Sicherheit bringen sollen. Er sah, wie die Kohle plätschte und ohnte das Unglück kommen. Seine Kameraden brachten sich noch rechtzeitig in Sicherheit, er aber, der auf der Leiter stand, konnte nicht mehr weglaufen und wurde verschüttet. Diesen Unglücksfall nahm man zum Anlaß und überreichte am 30. Oktober der Mutter des Verunglückten Kutschera ein Bronzekreuz und einen Geldbetrag. Die Geschenke überreichte der Frau der Starost Trosta aus Kybnitz im Namen der schlesischen Woiwodschaft. Zu dieser Feierlichkeit sind auch Vertreter der Bergbehörden aus Ratowitz und Kybnitz erschienen. Anwesend war auch der Demobilisierungskommissar Maske und andere Herren.

**Zum Raubmord in Sohrau.** Die in Frage kommenden drei Mörder die den 38-jährigen Handelsmann Mantega aus Lodz im Borna bei Sohrau ermordet und beraubt haben, sind sämtlich verhaftet worden. Es handelt sich um den 23-jährigen Dominikaner Josef Trzaskalik aus Ober-Borna, sowie seine beiden Komplices, die Dominikaner Tomasz und Grubghen. Während ersterer bald festgenommen werden konnte, waren die beiden anderen flüchtig geworden. Später wurden sie aber ebenfalls festgenommen und alle drei in das Gerichtsgewandnis eingeliefert. Tomasz und Grubghen haben eingestanden, daß der Urheber Trzaskalik gewesen sei. Der Ermordete wurde am dem fraglichen Tage hinter eine Scheune gelockt und dort mit einer Axt erschlagen. Die Leiche wurde dann beraubt. Die Beute hatten die Banditen dann unter sich verteilt.

**Betriebsratswahlen auf den Blüchergruben.** Auf den Blüchergruben bei Kybnitz fanden die diesjährigen Betriebsratswahlen statt. Wahlberechtigt waren 1600 Arbeiter, gewählt haben 1119, wovon eine Stimme ungültig war. Es lagen drei Kandidatenlisten vor. Die erste Liste, polnische Sozialdemokratie, 695 Stimmen mit 8 Mandaten, Liste 2, christliche Berufsvereinsvereinigung (deutsch) 149 Stimmen mit einem Mandat und Liste 3, polnische Berufsvereinsvereinigung, 328 Stimmen mit drei Mandaten.

## Deutsch-Oberschlesien

### Bereiteter Einbruch in eine Postagentur

#### Ein Streifenwärtler von den Banditen erschossen.

Der Postagentur des zwei Stationen von Kreuzburg gelegenen Ruckelba, die am Bahnhof Sanktberg liegt, wollten in der Nacht vom 1. zum 2. November Einbrecher einen Besuch abstatten. Unversehens hatten sie beobachtet, daß die Postagentin nicht anwesend war. Von dem Geräusch erwachte der über der Agentur wohnende Streifenwärtler Josef und bog sich nach unten, um der Ursache des Geräusches nachzugehen. Als er um die Ecke des Hauses ging, trafen ihn die Einbrecher entgegen und schossen ihn auf der Stelle nieder. J., der mitten in die Brust getroffen wurde, war sofort tot. Der Sohn des J. rief auf den Schuß hin sofort das Fenster auf, sah etwa 6 Personen vor dem Hause und schrie um Hilfe. Jetzt eröffneten die Verbrecher ein Schußfeuer auf das Fenster, dessen Wirkung der Sohn durch schnelles Hinlegen entging. Die Verbrecher ergriffen hierauf über die Fülle der Nacht nach dem nahen Wald. Kriminalbeamte aus Oppeln nahmen mit Polizeihunden die Verfolgung auf. Da die deutlich sichtbare Spur aber durch die zahlreichen Neugierigen zerstört war, führten die Nachforschungen zu keinem Ergebnis. Die Einbrecher hatten bereits den Türbeschlag zu dem Postraum gelöst gehabt, als sie gestört wurden. Beute hatten sie nicht gemacht, da sich in der Agenturkasse außer einigen Briefmarkenbeständen nur ungefähr 5 Mark befanden.

In letzter Zeit sind auf dem Lande, z. B. in Wschütz und Omechau, mehrfach Einbrüche in Läden und Gastwirtschaften verübt worden. Anzeichen sind alle diese Einbrüche auf das Konto derselben Bande zu setzen.

**Beuthen.** (Zu mer noch falsche Fünzigpfennige nigtstücke.) In weit größerer Anzahl als bisher tauchen falsche Fünzigpfennigstücke auf. In der vergangenen Woche hat die Reichsbank allein wieder 20 solcher Falschstücke bei der Polizei abgeliefert. Bei der Reichsbank, bei Privatbanken, bei der Post und an anderen Stellen sind im Monat Oktober allein nahezu hundert falsche Fünzigpfennigstücke aus dem Verkehr genommen worden. Die Falschstücke sind täuschend nachgemacht und unterscheiden sich von den echten nur durch eine hellere Farbe und einen mangelhaft ausgeführten gerippten Rand. Die Spur der Täter führt nach Ost-Oberschlesien.

# Der Wiener Parteitag

Im großen, schönen Saale des Ottakringer Heimes versammelte sich schon vor 10 Uhr vormittags am 29. Oktober 27 eine große Zahl von Delegierten aus allen Teilen Deutsch-Österreichs. Ein prachtvoll angeführtes Chorlied leitete den Parteitag ein.

Die Plätze für die Gastdelegierten sind stark besetzt. Es sind anwesend: die Vertreter der „Sozialistischen Internationale“, der S. P. D. Deutschlands, der deutschen und tschechischen Sozialdemokratie aus der Tschechoslowakei, der D. S. M. P. Polens u. a. Fast alle sozialistischen Parteien Europas, die Delegierte nicht entsenden konnten, ließen schriftlich oder telegraphisch ihre Glückwünsche übermitteln. Nach der Wahl des Präsidiums, nach dem Nachruf für die verstorbenen Genossen und die Zuspätkommen, nach der Begrüßung der Gastdelegierten und deren Ansprachen, wird die Vormittags-Sitzung geschlossen.

Es ist eine allgemeine Ungegend zu bemerken. Sie gilt der Debatte über die politische Lage. Nach 2 Parteitagen, die programmatische Arbeit gewidmet waren, gelangt die Frage der Taktik, der Mittel und Wege, die die Erreichung des sozialistischen Endzieles herbeiführen sollen, zur Besprechung, ferner das seit jeher in der S. D. strittige Problem des Weges zum Ziel. Diese Debatte bildet den Mittelpunkt der diesjährigen Parteiarbeit.

Am 29. Oktober, pünktlich um 2 Uhr nachmittags schreitet der Parteitag zur Behandlung der wichtigsten Tagesordnungsfrage, die den bescheidenen Titel „Die politische Situation“ trägt. Aber alle, Delegierte und Gäste, wissen, daß dieser Punkt die Achse aller Beratungen und Beschlüsse darstellt. Dafür spricht schon der Umstand, daß der Parteivorstand zwei Referenten zu diesem Thema bestimmte, und zwar die bedeutendsten Theoretiker der Partei: Dr. Bauer und Dr. Renner.

Als erster ergreift das Wort Gen. Otto Bauer, stürmisch vom Parteitag begrüßt. Er führt ungefähr aus: In dem Zeitpunkt einer scharfen Wirtschaftskrise kamen die Nationalratswahlen. Entscheidend ist nicht der Umstand, daß in allen größeren Gemeinden, wie solchen, die mehr als 2000 Einwohner zählen, die Sozialdemokratie die relative Stimmenmehrheit erzielt hat. Sammelte die 4jährige Wirtschaftskrise Zündstoff, so vergrößerte er sich noch dadurch, daß trotz des Wahlsieges die alte, reaktionäre Regierung am Ruder blieb. Der Zündstoff entzündete sich und führte zu den blutigen Zuktagen, als eines der Organe der Reaktion, das Gericht für die Regierung also sprach: Ihr Sozialdemokraten glaubt an Macht gewonnen zu haben. Wir werden Euch zeigen, daß Faschisten Euch strafflos mordeten werden. Dies war auch für die gebildete, österreichische Arbeiterchaft zu viel.

Vielleicht hatte eine organisierte Demonstration, veranstaltet von der Sozialdemokratie, die blutigen Zuktage verhindert. Vielleicht! Die Legende aber erzählt, lügenhaft, daß die S. D. einen Putsch vorbereitet, um die Regierung Seipel zu stürzen. Die Regierung und ihre Parteien mühten die Zuktage für sich so aus, daß sie Schrecken dem Kleinbürgertum einjagten. Furcht vor der Revolution jenem Kleinbürgertum, das vorher in Fragen des Widerstandes und des Kampfes gegen die christlich-sozialen Korruption zusammen mit uns marschierte. Diese Elemente versucht man gegen uns auszuspielen. Vor den Wahlen drohte man uns, daß im Falle unseres Wahlsieges die alpenländischen Heimatwehren gegen „das rote Wien“ mit Waffen marschieren werden. Diesen Heimatwehren schlossen sich die Christlich-Sozialen der Provinz an — jedenfalls stehen die Christlich-Sozialen unter dem Druck der Heimatwehren.

Uebrigens ist es nach dem 15. Juli der Reaktion gelungen, im Bundesheer und den Wahlen den Einfluß zu gewinnen, weil sie an diesen Körperschaften, berechnete Kritik übten, und deshalb konnten die Machinationen eines Bangs und Schobers Erfolg haben. Diese Ereignisse haben eine eminent politische Bedeutung und Auswirkung. Die Macht einer politischen Partei ist nicht von der Zahl der Mandate abhängig, insbesondere, wenn die Machtfülle den Boden der Demokratie verläßt und zur Macht-herrschaft greift. Seipel tut auch so, als könnte er nach seinen Wünschen verfahren, daß er uns nullifizieren kann. So ist jetzt unüberbittelt die politische Lage. Es gibt einen Teil der Parteigenossen, die meinen, daß nach dem 15. Juli ein neuer Kurs eingeschlagen werden müsse. Sie sagen, man dürfe nicht die fortwährend anwachsende Bewaffnung der Heimatwehren, den Kampf im Bundesheer, die Zuspätkommen der Verhältnisse unbeachtet lassen, da sie zu einem Bürgerkrieg, zum Sturz der Republik führen. Daher müsse die S. D. in eine Koalitionsregierung eintreten, um das zu verhindern. Diese Genossen, die eine Koalitionsregierung raten, begreifen gar nicht, welche Opfer, welche Unterdrückung der Gefühle sie von der österreichischen Arbeiterchaft fordern, wenn dies kurz nach den blutigen Zuktagen empfohlen wird, als man uns verhöhnte, verleumdete, als man gegen uns rüßte und das Amnestieverlangen gänzlich ablehnt. Koalitionsregierungen tragen verschiedenen Charakter. Es gibt solche, die der Ausdruck der sozialen Gleichheit sind, solche, die zeitlich notwendig erscheinen, um ärgeres zu verhindern, und es gibt solche, die eine vollständige Kapitulation vor dem kapitalistischen Bürgertum bedeuten. Dies würde eine Koalitionsregierung heutzutage für uns bedeuten: Kapitulation.

Außerhalb Österreichs gibt es verschiedene Koalitionsregierungen. Aber diese regieren nach kapitalistischen Gesichtspunkten, aber sie bringen Vorteile, entweder in der Form der Festigung der Republik und des Friedens, das ist die zeitliche Form der Koalitionsregierung. Bei uns wäre ein dritter Typus der Koalitionsregierung. Hier ist das Bürgertum stark, es hat die Mehrheit im Parlament. Es hat genügend Gewaltmittel, um außerhalb des Parlaments zu regieren. Es mag sein, daß auch ein solches Bürgertum geneigt wäre, eine Koalition mit der S. D. einzugehen. Es wäre zu dem Zwecke, um die scharfe Opposition abzumildern und Einfluß auf die Arbeiterchaft zu gewinnen. Machtpositionen würde man der Sozialdemokratie nicht einräumen, soziale Vorteile würde man nicht bieten. Eine solche Koalitionsregierung wäre eine Kapitulation und würde die S. D. nur eine Kompromittation bringen. Eine solche Koalition kann mit der Ehre, Würde und Kraft der österreichischen Partei nicht in Einklang gebracht werden. (Stürmischer Beifall.)

Nun entsteht die Frage: Hat der 15. Juli diesen prachtdollen, unaussprechlichen Aufstieg, den wir seit 7 Jahren zu verzeichnen haben, unterbrochen? Es stimmt, daß viele Kleinbürgerliche Willkürer eingeschüchtert worden sind. Tatsächlich mag die Reaktion den 15. Juli nicht als Sieger auszunutzen. Sie versuchen nicht einmal das Mißtrauensgesetz abzuhängen. Sie versuchen nicht einmal, das Koalitionsrecht der Bundesangehörigen aufzuheben. Die Regierung fürchtet, daß sie durch diese Akte zu uns den Mittelstand zurückschlagen. Daher will sie zunächst das Parlament auflösen, unter dem Einbruch des „Bolschewistischen Schreckens“ die Mehrheit im Parlament zu vergrößern und dann erst die sozialen Gesetze abhauen. Aber auch dieses Manöver wird der Reaktion nicht gelingen; denn es ist gar zu plump.

Es stimmt, daß der Kapitalismus sich immer mehr restauriert, aber ebenso wächst unsere Kraft, unsere Anhängerzahl. Darauf

sagen unsere Opponenten, aber inzwischen stärken sich die Heimatwehren, die faschistischen Organisationen und diese werden unseren Wählern die Wahlzettel aus der Hand reißen. Oder noch ärger, sie werden gegen Wien marschieren. Aber darauf antworte ich, solange wir über unsere Organisationen verfügen, solange wird jeder faschistische Putsch an der unbesiegbaren Kraft der Sozialdemokratie zerfallen. Der Vergleich zwischen Österreich und Italien ist nicht stichhaltig. — Italien ist ein durchwegs agrarisches Land. Es gibt nur einige Industriezentren. Bei uns aber liegen diese Verhältnisse ganz anders. Wir verfügen über viele Organisationen im ganzen Land, die in einem Orte stärker, in anderen Orten schwächer sind, aber über die Abwehrmassen verfügen wir überall. Die faschistische Gefahr ist nicht überall gleich zu bemerken. Im Kleinbürgertum ist das Empfinden wach, daß der Sieg der Reaktion übernationalisierte Mißstände bedeuten würde. Größer ist die Gefahr, daß die Bauern sich mißbrauchen lassen für faschistische Experimente. Diese Bauern könnte man gegen uns aufstacheln, aufheizen. Diese Massen verstehen uns nicht, — diese Mauer muß durchbrochen werden. — Das ist möglich, wie es Sowjetrußland beweist. Dort war eine stumpfe, kulturlose, zaristisch-treue Bauernmasse. Die Bolschewisten verstanden es, diese Massen zu gewinnen, sie zumindest aber in die Neutralität zu bringen. Und alles durch Diktatur. — Auch wir müssen die Bauernschaft zu gewinnen trachten, nicht durch Diktatur, sondern durch die Demokratie. Man muß den Bauern sagen, daß wir das Bündnis mit ihnen aufheben, daß wir sie nicht enteignen wollen, daß wir sie nicht unter die Diktatur des stärkeren Proletariats rufen wollen, sondern daß wir mit ihnen gemeinsam für die Erhaltung der Demokratie streben wollen.

Man muß ihnen die Wahrheit sagen, daß uns eine Weltanschauung trennt, daß wir zur Diktatur nur dann greifen wollen, wenn die Reaktion mit Waffen die Demokratie niederwerfen wollte, — man muß ihnen sagen, daß die bestehenden Differenzen doch nicht unüberbrückbar sind, und daß ein gemeinsames Vorgehen im Interesse der Republik und der Demokratie möglich und erforderlich ist.

Es wird von der Opposition die allgemeine Abmilderung empfohlen. Unter gewissen geänderten Verhältnissen könnte wirklich die Abmilderung in Betracht kommen. Die Abmilderung unseres republikanischen Schutzbundes käme nur dann in Betracht, wenn auch die Gegenseite hierzu geneigt wäre. Dies müßte als Voraussetzung eventueller eingehender Beratungen sein.

Somit praktisch. Grundsätzlich sei gesagt, daß gerade jetzt die höchste Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse notwendig sei. Jetzt, gerade jetzt kann von einer Abmilderung keine Rede sein.

Man kritisierte unsere Reden, die Schreibart der „Arbeiterzeitung“, man warf uns vor, daß wir der Arbeiterchaft Illusionen der Macht vor Augen führen, daß wir in eine kommunistische Phrasologie verfallen, und daß es höchste Zeit ist, daß wir Abkehr vom Romantismus nehmen und daß die wenigen, kommunistisch angehauchten Arbeiter lieber von der Partei abfallen mögen. ...

Da liegt die größte Gefahr, die Gefahr der Spaltungen. Wir haben uns in Österreich das Heinfelder Erbe erhalten, die Einheit der Partei gewahrt. Wir haben immer in kritischen Zeiten in der Partei, trotz der Meinungsverschiedenheit, eine gemeinsame Sprache gefunden.

Das ist die Hauptsache Demokratie. — Unsere Opposition sagt: Daß die kommunistischen Arbeiter weggehen, wir werden unsere reformistische Arbeit fortsetzen. — Das wäre das Schlimmste: Die Spaltung.

Wir hätten in jedem Betriebe, in jeder Gemeinde, den Kampf zwischen den Kommunisten und Sozialisten, der eine jede erspürliche Arbeit unmöglich machen würde. Das rote Wien, die Festung der sog. Kommunalpolitik, wäre nicht mehr.

Auf den Vorschlag, eine Abwanderung eines Teiles der Arbeiterchaft zuzulassen, antworte ich: Lieber einen Teil des irigen Weges zusammengehen, als des Rechtes wegen eine Spaltung zuzulassen. (Unhaltender Beifall.)

Als zweiter Redner spricht Gen. Dr. Renner: Es besteht die Neigung von Links und Rechts in der Partei zu sprechen. Darauf antworte ich: Wir haben, ich und Dr. Bauer, und unsere Anhänger bis 15. 7. einig gearbeitet. Diese Einigkeit wird weiter bestehen. Ich verurteile jede Sonderbündelei. Allerdings muß eine freie Aussprache in der Partei möglich sein. — (Beifall.) Aus unserer Meinungsverschiedenheit darf für uns in Schaden erwachsen. Die Gegner erwarten aus diesem Umstande vergebens Vorteile zu erzielen.

Wir stehen nicht mehr in einer Epoche sozialer Ueberempfindungen. Wir stehen in einer Epoche des Endkampfes in offener Abwehr gegen den Kapitalismus. Andererseits stehen wir der faschistischen Gefahr gegenüber. Dies sage ich deshalb, weil nach dem 15. Juli ein Teil der Parteiführer hinterücks, ohne Verständigung mit den Parteinständen den Verkehrsstreit hervorgerufen hat. Dies ist nicht zulässig — das ist nicht mehr Nüchternheit, hier liegt man sich von den Leidenschaften leiten. Der 15. Juli, das ist ein Fehler der Disziplinlosigkeit, der unseren Gegnern die Möglichkeit gab, den Bauern zu sagen: Das sind nicht die schöpferischen, schaffenden Elemente, — das sind Leute, die Gelegenheit zu Waffen, zu Putschen, — zur Diktatur greifen. Der 15. Juli zwingt mich zu folgenden Schlussfolgerungen:

1. Wir dürfen uns nicht durch die Gegner auf den Kampf-boden drängen lassen, der für uns ungünstig ist.
2. Die ganze Organisation muß dahin umgeändert werden, daß straffe Disziplin gewahrt bleibt.

Aber auch die Disziplin in den Parteitreffen muß überprüft werden. Die „Arbeiterzeitung“ hätte vor unbesonnenen Schritten warnen müssen.

Die Bauern, das städtische Kleinbürgertum, ja sogar Teile des Großkapitals wünschen den Faschismus nicht. Der Faschismus ist eine Gefahr, die nicht nur uns, sondern auch den oben angeführten Gruppen droht.

Der Sieg einer kleinen faschistischen Organisation ist möglich, wenn zwischen der Sozialdemokratie und den Bürgertümern, antisfaschistischen Gruppen es nicht zur Verständigung kommen sollte.

Der Kampf gegen den Aufstieg des Faschismus bedeutet einen Bürgerkrieg, der die Industrie vernichten und der empfindlichen Schaden der Arbeiterklasse zufügen würde. Den Vorteil würde nur die Bauernschaft haben.

Es liegt daher in unserem Interesse, den Bürgerkrieg zu verhindern und zwar im Wege der Verständigung mit den antisfaschistischen, bürgerlichen Gruppen.

Eine Abmilderung unsererseits muß als Voraussetzung die Abmilderung der Gegenseite haben.

Was möchte ich?

1. Eine andere Erziehung der Massen.
2. Eine andere Einstellung der Politik.

Ad 1. Die Massen dürfen nicht mit der Illusion der Revolution genährt werden, denn diese Erziehung entfacht die Leidenschaft. Dieser Erziehung muß das Empfinden des Gemeineigen-

tums, des Bauers mit gemeinsamen Kräften, entgegengesetzt werden. In unserem Lande ist eine Revolution in absehbarer Zeit unmöglich. Daher muß in der Propaganda der Idee der Revolution größte Vorsicht geübt und dieser gefährliche Zwiespalt vermieden werden, wenn die ganze Arbeiterchaft hierdurch nicht in die Katastrophe geführt werden sollte.

Ad 2. Der andauernde Aufstieg der Sozialdemokratie in Österreich ist ausschließlich der Kommunalpolitik der Sozialdemokraten, insbesondere in Wien zu verdanken. Wir haben zu bauen, wir haben die Erfolge unserer Kommunalpolitik zu popularisieren. Unsere Errungenschaften in der Kommunalpolitik — das ist unsere revolutionäre Tat. —

Der Sozialismus wirkt durch schöpferische Arbeit.

Wir dürfen nicht sagen: Alles war gar nichts. Die Massen verlangen die Demokratie. Diese dürfte jedoch nicht so verstanden werden, daß wir mit 43 Prozent oder 49 Prozent der Stimmen ohnmächtig sind, dagegen mit 51 Prozent allmächtig. Denn sogar bei ziffernmäßiger Ueberlegenheit kann man über die Minderheit nicht zur Tagesordnung übergehen. ...

Die Verbindung zwischen den Christlich-Sozialen, Deutsch-Nationalen und dem Landbau ist nicht derart, daß sie als dauernd und nicht wandelbar betrachtet werden müßte. Es ist auch nicht unsere Aufgabe, diese Parteien zur Geflossenheit gegen uns zu treiben. Die Koalition kann nicht grundsätzlich beurteilt und abgelehnt werden.

In der Arbeiterchaft ringt sich eine neue Meinung über den Wert der Koalitionsregierung durch. Alte Bedenken gegen die Koalitionsregierung müssen heutzutage weichen, selbstredend gegen zeitlich beschränkte Koalitionsregierungen. Dauernde sind undenkbar, unmöglich. —

Dr. G.

## Maximilian Harden

Mit Maximilian Harden ist eine der markantesten Gestalten einer abgeschlossenen Geschichtsperiode aus den Reihen der Bedenken verschwunden. Das Zeitalter Wilhelms II. ist ohne ihn nicht denkbar. Er selber war mit ihm so stark verbunden, daß von ihm, als jenes sein Ende gefunden hatte, nur noch ein Schatten übrig blieb.

Es gab einmal einen „jungen Kaiser“, der mit seinen Neben die Welt in Aufregung hielt. Und es gab damals einen jungen Journalisten, der diesen jungen Kaiser in scharf geschliffenen, aufsehenerregenden Artikeln bekämpfte. Er war am 20. Oktober 1861 in Berlin geboren und führte den Namen Witkowski, dem einer seiner Brüder, der bekannte Leipziger Literaturprofessor, auch weiter beibehielt, während ein anderer den Namen Wittling annahm und später ein bekannter nationalliberaler Führer wurde. Er selbst nannte sich Maximilian Harden, verfuhr er erst bei der Wähle, erkannte aber bald seine publizistische Begabung. Er schrieb für die „Berliner Volkszeitung“, ließ 1892 als Apostata „Kritische Essays über Politik und Zeit“ erscheinen und gründete bald darauf seine Zeitschrift die „Zukunft“.

Der Rum, den er sich durch sein persönlich eigenartiges Schaffen erwarb, wurde gesteigert durch seine Beziehungen zu Bismarck. Seit bekannt worden war, daß Harden in Friedrichsruh eingekerkert war und als bestraffter „Majestätsbeleidiger“ mit Bismarck eine von Wilhelm II. gestiftete Flasche Wein getrunken hatte, war sein Nimbus im Wachsen. Harden war durch Bismarck zwar nicht hof, aber wenn man so sagen darf, kamarilla-fähig gemacht worden, und niemand dünkte sich nun zu wagen, um nicht mit Harden zu verkehren. Dieser aber war nun ganz in seinem Element. Denn in ihm selber war jener „Menschenfresser“ lebendig, daß er die ganze Welt nicht anders, denn als eine Summe von Allzumenschlichem zu sehen verstand. Er wurde der Träger und raffiniert geschickte Ausplauderer von Hof- und Kabinettsgeheimnissen, er präsentierte sich der Welt als der Mann, der hinter allen Kulissen gehauert war und alle dunklen Zusammenhänge kannte.

Seine „Zukunft“ wurde verschlungen. In den Kreisen des Hofes, der Aristokratie, des hohen Beamtenums, aber auch der Bourgeoisie und der Literatur — also so ziemlich überall, ausgenommen nur die breiten Schichten des Volkes — erwartete man mit Ungeduld jede neue Nummer der Wochenschrift, in der ein Wissender seinen Kampf gegen das persönliche Regiment führte. Man las die immer länger werdenden, immer künstlicher verschlungenen Sätze nicht nur von vorne, sondern auch von hinten, nicht nur in den Zeilen, sondern auch zwischen den Zeilen. Stand doch vieles darin, was nur der Unterrichtete ganz verstand, die anderen verstanden nur die Hälfte. Dies jedoch erhöhte nur den Reiz.

Kein Zweifel, daß Hardens Arbeit dazu beigetragen hat, die Herrschaftsverhältnisse des Kaiserreichs zu zerlegen. Darauf jedoch beschränkt sich ihr Verdienst. Denn an positiver Zielsetzung hat es ihr gefehlt.

Das einzige, worin Harden konsequent blieb, war seine Gegnerschaft gegen Wilhelm II. Diese Gegnerschaft war, wie alles bei Harden, persönlich scharf betont und erklärt sich zu nicht geringem Teil aus der Verwandtschaft der beiden Naturen. Sprunghaft, launisch, reizbar, pathologisch und stets letzten Endes nur darauf bedacht, sich selber in Szene zu setzen, waren sie beide und blieben sie beide, auch dann, als der junge Kaiser und der junge Journalist längst schon aufgehört hatten, jung zu sein. Sie gehörten zusammen.

Daraus erklärt sich auch, daß Harden seinem Kaiser so ausgezeichnet verstand, daß er ihn als einen Blinder erkannte, daß für ihn so bald hinter dem finstern entschlossenen Imperatorengeficht der neuraffenhafte Wortschwallbe sichtbar wurde. Harden nahm die kriegerischen Phrasen aus Wilhelms Munde nicht ernst, er wußte, daß keine starke Persönlichkeit dahinter steckte. Ihm selber aber war es mit dem machtpolitischen Willen ernst — soweit ihm irgend etwas ernst sein konnte. Richtiger wäre es vielleicht, zu sagen: er bezog ohne starke innere Ueberzeugung die Position des Imperialismus und des Abenteurertums, weil sich von ihr aus der Kampf gegen die laute kaiserliche Nichtigkeit am schneidigsten führen ließ. So kam es zu jener großen Kampagne, die für Harden wohl den Höhepunkt des Armes um ihn, aber alles andere als den Höhepunkt seines Ruhmes bedeutete. Sein Kampf gegen das Homosexuellentum am Hof und in der Garde, sein Feldzug gegen Philo Eulenburg im Jahre 1907 entsprang keinem stillen Erneuerungsdrang und keinem revolutionären Temperament. Es war nur ein Versuch, durch Entfesselung eines riesigen, ständels Elementes aus der Nähe des Kaisers zu verbannen, die pazifistisch verdächtig schienen. Von allem Politischem abgesehen, war es aber eine Schändlichkeit, einen Mann an der Schwelle des Greisenalters wie Eulenburg wegen sexueller Verfehlungen anzugreifen, die er einmal als junger Mensch begangen haben sollte.

Harden und seine „Zukunft“ haben vorübergehend auch in der Geschichte unserer Partei eine Rolle gespielt. Harden war mit Bruno Schoenlant, Franz Mehring, Heinrich Braun zeitweilig befreundet gewesen — jede seiner persönlichen Freundschaften blieb nur zeitweilig und verwandelte sich bald in bittersten persönlichen Haß — und zählte zahlreiche Sozialdemokraten sogenannt „revolutionistisch“ Richtung zu seinem Mitarbeiter. Heinrich Braun

hatte sich in den neunziger Jahren sogar lebhaft bemüht, Harden für die Partei zu gewinnen, was ihm glücklicherweise nicht gelungen ist. Die Mitarbeit von Parteigenossen an der „Zukunft“ führte im Jahre 1903 zu den bekannten unerfreulichen Auseinandersetzungen auf dem Dresdener Parteitag. Harden rückte sich für die Behandlung, die er erfahren hatte, durch eine Reihe von Artikeln, die von persönlicher Gefälligkeit strahlten.

Den Krieg hatte Harden mit Jubel begrüßt und sich in der ersten Zeit so in Amerikanismus überschlagen, daß selbst einem Heinrich Claf dabei bange werden konnte. Während des Krieges nahm er sich den entgegengesetzten Kurs, er wurde Ultrapazifist und Prophet des Präsidenten Wilson. In der Republik glaubte er sich zu Großem berufen. Er sah sich jedoch enttäuscht und gab dem Gefühl seiner persönlichen Gefährdung in wilden Schmähungen Ausdruck. Daß ihn ungefähr zu der gleichen Zeit ein paar Hakenkreuz-Banden überfielen und mißhandelten, war ein Beweis nicht nur für die nichtige Rolle, sondern auch für die politische Unwissenheit dieser Gesellschaft.

Harden hatte mit dem Ausgang des Kaiserturns aufgehört, für irgendwen ein ernst zu nehmender Gegner zu sein. Die „Zukunft“ ging ein. Es war auch höchste Zeit, wenn der Stil der jungen Generation nicht durch das Vorbild dieser gepuderten, geschnittenen, mit falschen Bädchen behangenen Publizistik noch mehr verdorben werden sollte.

Harden hat in einer Idee, nicht einer Sache, sondern sich selbst gelebt. Darum bleibt von ihm wenig nach seinem Tode übrig. Seine Schriften sind der Spiegel einer Vergangenheit, die für uns mit rasender Schnelligkeit in die Ferne entgleitet. Sie enthalten nichts Wegweisendes. Der Name seiner einst berühmten Zeitschrift trägt. Von Harden führt nichts in die Zukunft!

Friedrich Stampfer.

## Sportliches

Aus der Arbeiterportinternationale.

Wissen ist Macht.

Man hat in den letzten Jahren die Zeitzeit oft das Zeitalter des Internationalismus genannt, und mit Recht! Noch nie zuvor haben die internationalen Beziehungen unter den Völkern einen solchen Umfang gehabt, wie in der letzten Zeit. Mit dem Anwachsen der internationalen Bewegung wuchs auch die Zahl der internationalen Veranstaltungen und Tagungen. Besonders die Arbeiterportbewegung kann mit Stolz von sich sagen, daß sie auf diesem Gebiete hervorragende Pionierarbeit leistete, und so dem Internationalismus den Weg von der Theorie zur Praxis wies. Die bisher geleistete Arbeit war nicht das Geschenk einer günstigen Zeit, sondern der Erfolg einer mühevollen, von vielen Hindernissen gehemmten Arbeit. Eines der größten Hemmnisse bildete stets die Sprachverschiedenheit der Völker, die von den Arbeiterführern, die ja auch zum größten Teil nur Volksschulbildung genossen haben, besonders unangenehm empfunden wurde. In Erkenntnis dieser Schwierigkeit faßte der letzte Kongress der Sozialistischen Arbeiterportinternationale im August in Helsinki einstimmig folgenden Beschluß: „Esperanto“ — Es ist anzustreben, daß in allen Verbänden der I.S.P. Kurse für Esperanto veranstaltet werden. Die Landesverbände werden verpflichtet, dafür zu sorgen.

Die einheitliche Verständigungsmöglichkeit muß gesucht und gefunden werden.

Lernt in allen Ländern Esperanto!

Korrespondenzen und Publikationen des Internationalen Bureau und zwischen den Landesverbänden sollen soweit als möglich in Esperanto erfolgen.

Neben den erwähnten sprachlichen Schwierigkeiten, denen die Führer auf Tagungen ausgesetzt sind, war nicht zuletzt die Erkenntnis ausschlaggebend, daß der Gedanke des Internationalismus und der Völkerverständigung durch internationale Kongresse und Konferenzen wohl gefördert werden kann, daß wir aber unser Endziel, den Sozialismus nur dann verwirklichen können, wenn auch die Massen zu internationalen Veranstaltungen zusammengeführt werden und die Möglichkeit haben, ihre Gedanken reibungslos untereinander auszutauschen.

Die Durchführung des Beschlusses darf daher nicht den Führern des Arbeiterports überlassen bleiben, sondern jeder muß nach besten Kräften mithelfen. Hier sind es ganz besonders die Wettkämpfer, denen der Ruf gilt. Nicht nur des sportlichen Sieges willen werden im Arbeiterport internationale Veranstaltungen ins Werk gesetzt, sondern in der bewußten Absicht, durch sie das Zusammengehörigkeitsgefühl unter den Arbeitern aller Länder zu stärken und so dem Nationalismus den Nährboden zu entziehen. Und darum erwarten wir von den Sportlern, daß sie neben ihrer sportlichen Betätigung die Zeit aufbringen, um die geistige Grundlage zu schaffen, die notwendig ist, um als internationale Vertreter des Arbeiterports den Zielen ihrer Organisation gerecht zu werden. Dazu ist die Beherrschung der Welthilfssprache unbedingt nötig. Nicht die langen Winterabende, und erlernt das Latein des internationalen Proletariats, die Welthilfssprache Esperanto, mit dem Ziele, es dem Wohle der Arbeiterbewegung dienlich zu machen, denn: „Der Erde Glück, der Sonne Pracht, des Geistes Licht, des Wissens Macht, allen Völkern sei's gegeben, das ist das Ziel das wir erstreben.“

## Rundfunk

Gleiwitz Welle 250

Breslau Welle 322,6

Allgemeine Tageseinteilung:

11.15: Weiterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12.15—12.55: Konzert für Veruche und für die Industrie. 12.55: Neuerer Zeitzeichen. 13.30: Zeitanfrage, Weiterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13.45—14.45: Konzert auf Schallplatten. 15.30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten. 17: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Weiterbericht und Ratsschlüsse fürs Haus. 22: Zeitanfrage, Weiterbericht, neueste Pressenachrichten und Sportfunkdienst.

Freitag, den 4. November 1927. 16.30—18: Unterhaltungskonzert. 18: Stunde und Wochenschau des Schlesischen Hausfrauenbundes Breslau. 18.50—19.20: Zum Vierhunderttag. 19.20 bis 19.35: Hans Tschimka: Unter vier Augen. 19.35—20.05: Stunde der Deutschen Reichspost. 20.15: Symphoniekonzert, Werke von Paul Juon. Leitung: Der Komponist.

Bern, Welle 411 — Basel, Welle 1100.

Freitag. 16: Orchester. 16.40: Klavierkonzert für die Frau. 19.30: Die Musik der Woche. 20.20: Italienischer Musikabend. 21: Was ist Graphologie? Klavierkonzert.

Mailand — Welle 315,8.

Freitag. 20.45: Zeitzeichen. Anlässlich des Nationalfeiertages: Nationalhymnen. 21.15: Italienisches Konzert. Uebersetzung: Stefani-Nachrichten. Anderes Programm: Wie Montag.

Rosen — Welle 280,4.

Freitag. 12.45: Konzert. 14: Kursberichte. 17.45: Konzert-Übertragung. 19.10: Vortrag. 19.45: Radiotechnische Klavierkonzert. 20.15: Konzert, Zeitsignal.

Rom — Welle 450.

Freitag. Feier des Nationalfeiertages. Anderes Programm: Wie Montag.

Wien — Welle 517,2 und 577.

Freitag. 11: Vormittagsmusik. 16.15: Nachmittagskonzert. 17.50: Musikalische Klavierkonzerte. 18.15: Wochenbericht für Fremdenverkehr. 18.30: Die Hohen Tauern. 19.30: Kraftfahrwesen. 20.30: Arien-Abend.

Warschau — Welle 1111.

Freitag. 12: Wie vor. 16.40: Vorträge. 17.45: Konzert. 19.30: Vortrag. 20.15: Symphoniekonzert. 22: Zeitsignal, Berichte.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Josef Helmrich, wohnhaft in Król. Huta; für den Zifferateil: Anton Ryttki, wohnhaft in Katowice. Verlag: „Freie Presse“, Sp. z ogr. oap., Katowice; Druck: „Vita“, naklad drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, Kosciuszki 29.

## Mitteilungen

### des Bundes für Arbeiterbildung

Schwientochlowitz. Freitag, den 4. November, abends 7½ Uhr, findet der Vortrag vom Bund der Arbeiterbildung im Lokale des Herrn Scholinski, Langestraße 17, statt. Zu gleicher Zeit findet auch die Vorstandswahl statt. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Friedenshütte. Wegen zu schwacher Besucherzahl wird der Vortrag vom 27. Oktober auf den 3. November verlegt, mit Einwilligung des 2. Bundes-Vorsitzenden, Herrn Dr. Bloch. Referent: Herr Dr. Bloch. Thema: Wiltamshausungsfragen einst und jetzt. Es ist Pflicht eines jeden zu diesem interessanten Thema zu erscheinen.

## Versammlungs-Kalender

Groß-Ratowitz. D. S. A. P. Sitzung für alle Vorstandsmitglieder, Sonnabend, den 5. November, abends 7½ Uhr, Zimmer 23.

Ratowitz. Freidenker. Sonntag, den 6. November, nachmittags 3 Uhr, findet im Zentralhotel die fällige Mitgliederversammlung statt.

Ratowitz. „Freie Sänger“. Am Sonntag, den 6. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, findet die Quartalsversammlung statt. Es ist Pflicht auch der passiven Mitglieder, zu der angegebenen Zeit im Zentralhotel zu erscheinen.

Jalenze. Bergarbeiter. Am Sonntag, den 6. November, vormittags 9½ Uhr, findet bei Herrn Golz eine Mitgliederversammlung des deutschen Bergarbeiterverbandes statt. Auch werden zu dieser Versammlung die Mitglieder des Bundes f. Arbeiterbild. eingeladen. Referent zur Stelle.

Bismarckhütte. Maschinisten und Heizer. Am Sonntag, den 6. November, vormittags 10 Uhr, findet im bekannten Lokal in Bismarckhütte eine Mitgliederversammlung statt. Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder ist Pflicht.

Bismarckhütte. Achtung, Freidenker! Sonntag, den 6. November, vormittags 9½ Uhr, findet in Königshütte, Tempelstraße 35, bei Herrn Rache die Mitgliederversammlung des Freidenker-Vereins Bismarckhütte statt. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, pünktlich zu erscheinen. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, sind herzlich willkommen.

Königshütte. Gesangverein Vorwärts. Sonntag, den 6. November, vormittags 9 Uhr, hält der Arbeiter-Gesangsverein „Vorwärts“ seine Monatsversammlung ab. Da die Tagesordnung eine sehr wichtige ist, wird um ein vollzähliges Erscheinen gebeten.

Königshütte. Achtung, Arbeiterjäger. Am Freitag, den 4. November, findet im Volkshaus Königshütte, Vereinszimmer, eine gemischte Mitgliederversammlung statt. „Vorwärts“ und „Edelweiß“ treffen sich dortselbst um 8 Uhr abends. Das Erscheinen aller ist Pflicht.

Neudorf. Bergarbeiter. Am Sonntag, den 6. November, vorm. 9½ Uhr, findet bei Herrn Smeiner eine Mitgliederversammlung des deutschen Bergarbeiterverbandes statt. Referent zur Stelle.

Lipine. Bergarbeiter. Für die Zahlstellen Lipine, Orzegow, Schlesiengrube und Charlottenhof findet am 6. November, vorm. 9½ Uhr, im Vereinszimmer bei Morawiek, die fällige Monatsversammlung statt. Die Mitgliedschaft wird gebeten, vollzählig zu erscheinen. Referenten Sejm-abgeordneter Kowoll.

Myslowitz. D. S. A. P. und Bergarbeiter. Monatsversammlung am 6. November, 10 Uhr vormittags, bei Krafczyk. Referent: Gen. Hantsch über: Wirtschaftliche Lage der Arbeiter. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen ist Pflicht aller Gewissen.

Nikolai. „Freie Sänger“. Am Sonntag, den 6. November, nachm. 3 Uhr, findet im Vereinslokal (Giossek) eine Mitgliederversammlung statt. Es wird dringend ersucht, alle aktiven und passiven Mitglieder zu erscheinen, da Wahlen vorgenommen werden.

## Central-Hotel · Katowitz

Dworcowa 11 (Bahnhofstraße)

Stresspunkt aller Gewerkschaftler und Genossen

Angenehmer Familien-Aufenthalt :: Gesellschafts- und Versammlungsräume vorhanden

Gutgepflegte Biere und Getränke jeglicher Art Vortrefflicher Mittagstisch. Reiche Abendkarte

Um gest. Unterstutzung bittet die Wirtschaftskommission J. A.: August Dittmer

Interate in dieser Zeitung haben stets den besten Erfolg!

## DRUCKSACHEN

sind deine Vertreter! - Kleide sie gut!

Mit Ratschlägen, künstlerischen Skizzen u. Entwürfen, sowie Kostenschätzungen gehen wir jederzeit gern zur Verfügung. Vertreterbesuch bereitwilligst

## »VITA« naklad drukarski

Spółka z ograniczoną odpowiedzialnością Katowice, ul. Kościuszki 29



**PALMA**  
KAUTSCHUK - ABSATZ  
UND - SOHLE  
WETTERFEST - ELASTISCH -  
HYGIENISCH



Ohne Arbeit, ohne Mühe,  
Hast Du schon in aller Früh  
Mit „Purus“ in einem Nu  
Blitze blanke reine Schuh‘.

„Purus“

chem. Industriewerke Kraków

Werbet ständig neue Abonnenten!

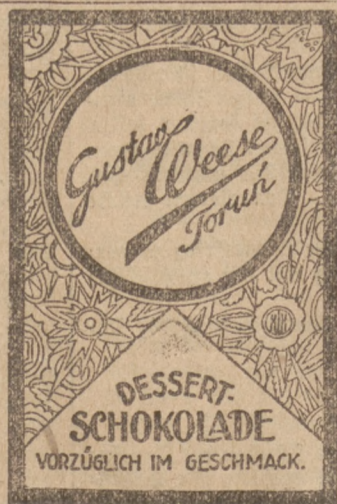


Gerade

wel die Schuhe so teuer  
sind, ist zur Pflege das Beste  
gut genug, deshalb

spare durch

**Erdaf**



DESSERT

SCHOKOLADE

VORZÜGLICH IM GESCHMACK.